NATO-Herbstmanöver 1978 Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 40, 6. Oktober 1978 12. Jahrgang 50 Pfennig

Faktische Amnestie für Naziverbrecher

NS-Mörder Bruins freigelassen

Siert Bruins alias Siegfried Bruns ist wieder auf freiem Fuß. Das Landgericht Hagen entließ den vielfachen NS-Mörder gegen Hinterlegung einer Kaution aus der Untersuchungshaft. Bruins hatte sich in den Niederlanden an der Verhaftung und Ermordung zahlreicher Menschen beteiligt und noch kurz vor Kriegsende die Brüder Sleutelberg erschossen. 1949 hatte ihn ein holländisches Gericht zum Tode verurteilt — in Abwesenheit. Denn Bruins hatte sich rechtzeitig abgesetzt und sich in der Sauerlandgemeinde Breckerfeld unter dem Falschnamen Bruns niedergelassen.

Das Hagener Gericht rechtfertigte die Freilassung mit der Begründung, Bruins habe nur als „Gehilfe" an den Morden mitgewirkt. Er habe bei den Bluttaten lediglich „auf Befehl" gehandelt und diesen Befehl auch nicht überschritten. Damit ist dem Mörder nun schon zum zweiten Mal geholfen worden. Erst im August hatte das Oberlandesgericht Hamm Bruins' Auslieferung nach Holland abgelehnt. Dabei hatte es sich auf einen „Führererlaß" vom 19. Mai 1943 berufen, der ausländischen Helfern der SS die „deutsche Staatsangehörigkeit" verliehen hatte. Bruins — so das Gericht — war damit als „Deutscher" zu betrachten, der nicht ausgeliefert werden durfte.

„Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein!" — Damit hatte schließlich schon der Ex-Landesvater Filbinger, dieses lebende Denkmal westdeutscher Entnazifizierungspraxis, die Marschrichtung gekennzeichnet. In der Bundesrepublik haben die Versuche, Naziverbrecher zu rehabilitieren und die Untaten des Hitlerregimes salonfähig zu machen, bereits ein gewaltiges Ausmaß erreicht. Die Amnestie für die faschistischen Schergen ist — wie der Fall Bruins zeigt — in der Praxis schon in großem Umfang verwirklicht.

Im Juni erst hat sich der Bundespräsident Scheel für die Freilassung des Kriegsverbrechers Heß stark gemacht. Die tausendfachen Majdanek-Mörder sind auf freiem Fuß; ob sie überhaupt verurteilt werden, ist mehr als fraglich. Von den insgesamt 82.667 Ermittlungsverfahren, die zwischen dem 9.5.45 und dem 1.1.77 eingeleitet worden sind, haben nur 6.425 zu einer Verurteilung geführt. Wobei „Verurteilung" noch lange nicht Strafe bedeutet, wie der Fall des ehemaligen SS-Obersturmführers Maywald zeigt, der über 800 Menschen erschießen ließ: Dem heutigen Großkaufmann wurde die vierjährige (!) Haftstrafe mit der Begründung erlassen, er sei durch die 15jährigen Ermittlungen schon genug geschäftlich geschädigt worden!

Wir fordern mit allen Antifaschisten: Keine Verjährung für Naziverbrechen! Strenge Bestrafung aller für die Nazigreuel Verantwortlichen!

Tarifrunde bei Stahl und Metall

Schaffen wir eine starke Kampffront!

In der eisen- und stahlerzeugenden Industrie sowie in der metallverarbeitenden Industrie hat die Tarifrunde 78/79 begonnen. Es geht dieses Mal sowohl um Lohn- und Gehaltserhöhungen als auch um den Kampf für die 35-Stunden-Woche. Denn in diesem Jahr laufen auch die Manteltarifverträge ab. Für die Stahlwerker und Metaller heißt es jetzt, Vorbereitungen zu treffen, sich zusammenzuschließen und den Aufbau einer geschlossenen, starken Kampffront voranzutreiben.

Die Gegenseite — das Lager der Kapitalisten und ihrer Agenten innerhalb der Gewerkschaft — bereitet sich schon seit Wochen auf diese Tarifrunde vor. (Wie die IGM-Führung jetzt schon die Weichen auf Verrat an den Forderungen der Kollegen gestellt hat, lesen Sie auf Seite 4.)

Die Kapitalisten wollen die Schraube der Ausbeutung mit aller Gewalt weiter anziehen. Die Wirtschaftskrise und der verschärfte Konkurrenzkampf haben den Heißhunger der Konzernherren nach Höchstprofiten geschürt. Wir Arbeiter und kleinen Angestellten sollen unsere Knochen dafür hinhalten. Wir sollen uns noch rücksichtsloser auspressen lassen, sollen die Vernichtung Tausender, ja Zehntausender weiterer Arbeitsplätze hinnehmen.

Fortsetzung auf Seite 4

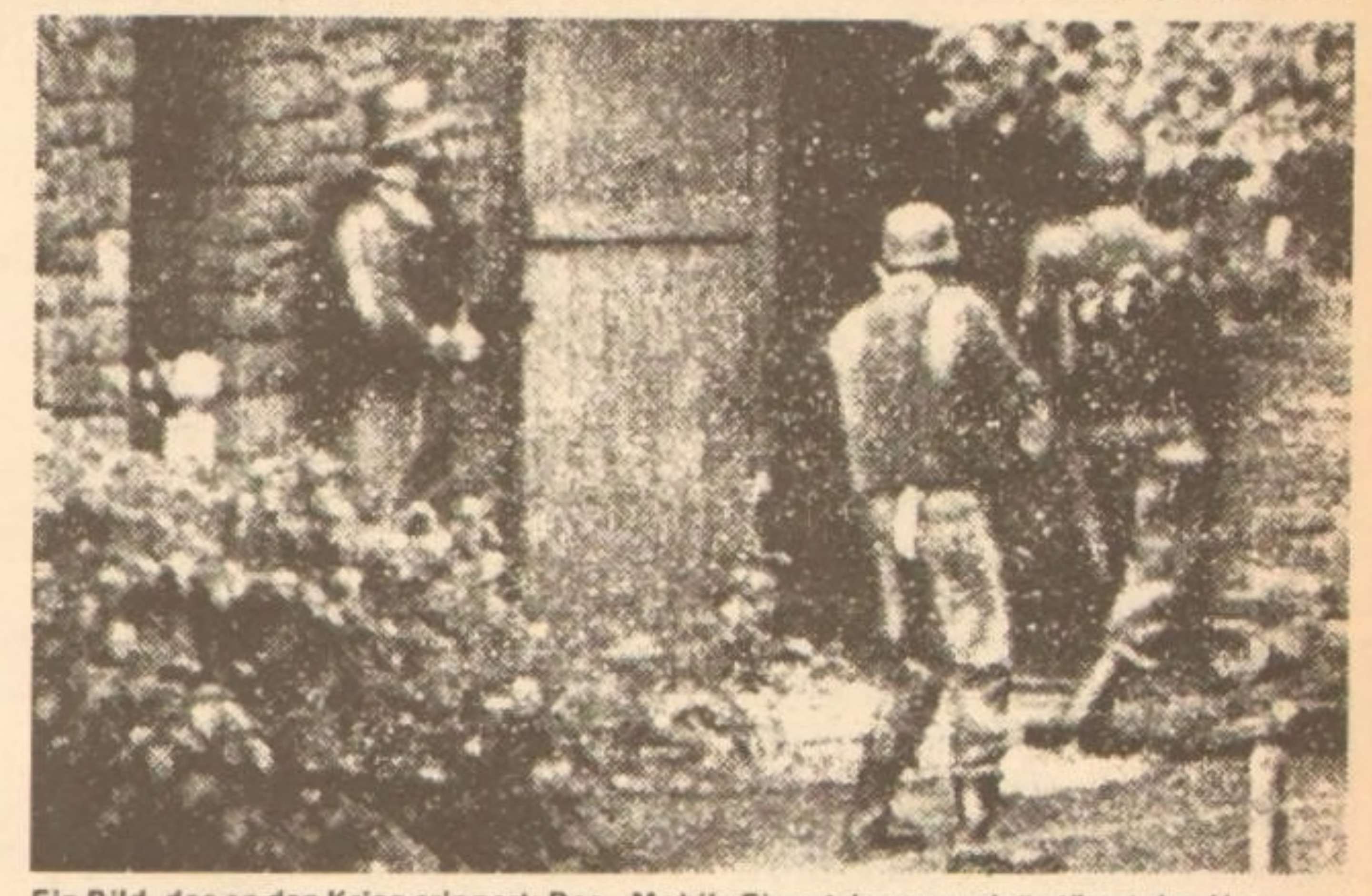
Nach der Schießerei in Dortmund

Ruhrgebiet zum „Terrorzentrum" erklärt

Am 24. September wurden bei einer Schießerei im Dortmunder Randgebiet ein Polizist erschossen und zwei angebliche Terroristen schwer verletzt. Zwei Tage später erschien die „Bild-Zeitung" mit der Schlagzeile „Terror-Zentrum Ruhrgebiet". Der Bonner Innenminister Baum wußte zu berichten: „Man kann davon ausgehen, daß die Terroristen im Ruhrgebiet operieren." Springers Hetzblatt „Welt" wußte noch mehr als der Herr Minister.

Ein konspiratives Netz sei über das ganze Revier gespannt und als Spinne im Netz wurde eine „Rote Ruhr-Armee" ausgemacht. Der Gipfel dieser Schauergeschichten: die Terroristen hätten stillgelegte Zechen in Waffen- und Munitionsdepots verwandelt...

Fortsetzung auf Seite 2



Ein Bild, das an den Krieg erinnert: Das „Mobile Einsatzkommando" stürmt das Haus von Bruno Wein.

Wußten Sie schon...?

...daß es in Bayern ganze 25 Betten gibt, in denen Opfer eines Atomunfalls versorgt werden können? Das geht aus einem Bericht hervor, der von der bayrischen Regierung selbst ausgearbeitet worden ist.

Und diese 25 Betten sind den Herren offenbar genug. Denn Kritik daran wehrten sie sofort als „Panikmache" ab. Immer mehr wird unser Land mit Atomkraftwerken vollgestellt. Die Unfälle häufen sich. Und wenn es zu einer größeren Katastrophe mit starker radioaktiver Vergiftung von Menschen kommt, dann sollen die Betroffenen doch sehen, wie sie sich helfen. Das ist die zynische Logik der Herren in den westdeutschen Ministerien.

Für die Profite der Energiemonopole reißen sie sich ein Bein aus. Aber für den Schutz der Bevölkerung fühlen sie sich nicht zuständig.

Washington greift nach dem Libanon



UNO-Soldaten, israelische Panzer im Libanon: Die angeblichen „Friedenstruppen" unterstützen den Aggressor Israel gegen den Kampf des Volkes.

Erwartungsgemäß hat das israelische Parlament den in Camp David geschlossenen Pakt abgesegnet. Noch in dieser Woche beginnen unter der Regie Washingtons die direkten Verhandlungen zwischen dem israelischen und dem ägyptischen Regime. Bis Ende des Jahres soll ein separater Friedensvertrag ausgehandelt werden, der Ägypten aus der arabischen Front herausbrechen und den israelischen Zionisten den Rücken für neue Aggressionen gegen die arabischen Völker stärken würde.

Die Richtung dabei ist schon vorprogrammiert. Überraschend gab US-Präsident Carter am Wochenende bekannt, daß in Camp David auch Vereinbarungen über den Libanon getroffen wurden. Unumwunden kündigte er an, seine Regierung werde im Verein mit den israelischen und ägyptischen Reaktionären in die Kämpfe im Libanon eingreifen. Und Sadat erklärte zur gleichen Zeit, er hätte auf der Rückreise von Camp David diesen Plan mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard abgesprochen. Frankreich hat jetzt schon unter dem Deckmantel von „UNO-Friedenstruppen" Fallschirmjägereinheiten im Libanon stationiert.

Es ist erst einige Monate her, daß israelische Truppen in den Libanon einfielen. Carters Erklärungen sind nichts weiter als die Ankündigung eines neuen Überfalls, diesmal mit massiver amerikanischer Unterstützung, mit der Schützenhilfe aus Paris und Kairo. Das Ziel aber wird dasselbe sein: die Vernichtung der starken, im Libanon stehenden, bewaffneten Einheiten der Palästinenser. So wird es wieder einmal deutlich: Die angeblichen Friedensverhandlungen von Camp David waren eine Kriegserklärung an die arabischen Völker.

Fahnen und andere Waffen

Vor dem Stahlwerk sammeln sich die Kollegen. Eine Demonstration ist angemeldet und genehmigt worden. Zum Verwaltungsgebäude soll es gehen, um dort gegen Massenentlassungen zu protestieren. Eine Hundertschaft Polizei lungert am Tor herum. Da tauchen die ersten Parolen in der Menge auf. Transparente, Pappschilder, schnell auf einen Holzstil genagelt. Und dann kommt das Kommando des Einsatzleiters: „Rausgreifen!" Die Hundertschaft stürzt sich auf die Demonstranten. Knüppelbewehrte Arme schlagen sich durch die Menge bis zu den Trägern der Parolen...

So etwas kann es doch bei uns nicht geben! Eine „typisch kommunistische Übertreibung" vielleicht? Nein, so etwas ist in unserem Land seit Sonntag vollständig legal. Am Sonntag nämlich trat eines der zahlreichen neuen Terrorgesetze in Kraft. Es verbietet das Mittragen von „waffenähnlichen Gegenständen" bei Demonstrationen. Und solche Gegenstände können eben laut Gesetz auch Fahnen-, Transparent- und andere Stangen sowie Schilde sein. Jeder Polizeioffizier kann also, mit diesem Gesetz im Rücken, jede beliebige Demonstration zerschlagen lassen, in der Fahnen oder Parolen mitgetragen werden.

Den Zeitungen und Nachrichtensendungen, die nach der Dortmunder Schießerei wieder einmal fast ersticken an ihrem Terroristengeheul, war dieses neue Gesetz keine oder bestenfalls nur eine klitzekleine Meldung wert. Wie sollte es auch? Eine solche Nachricht paßt ja auch schlecht in die aufgepeitschte Fahndungshysterie. Zeigt sie doch einmal mehr, daß sich die Bonner Terrorgesetze nicht gegen ein paar „Terroristen" im Untergrund, sondern gegen diejenigen richten, die im Betrieb und auf der Straße für ihre Rechte kämpfen.

Für Poullain hat es sich gelohnt

Damals schlug es ein wie ein Blitz: Ludwig Poullain, Vorstandsvorsitzender der Westfälischen Landesbank, fristlos gekündigt. Schon vor Jahren hatte Poullain mit einem gewissen Schmidt einen Beratervertrag abgeschlossen. Tätigkeitsfeld dieses Finanzmaklers: die Vermittlung von Krediten von und für die Westfälische Landesbank. Für Poullain lohnte sich die Sache. Für seine „Beratertätigkeit" erhielt er in vier Jahren immerhin eine Million Mark.

Nachdem sich schon damals sehr schnell herausgestellt hatte, daß zumindest einige Minister der Landesregierung von NRW sehr wohl Bescheid gewußt hatten, erwies sich jetzt bei einer erneuten Untersuchung auch der letzte „Getäuschte" als wohlinformiert: Bankvorstandsmitglied Fischer nämlich. Damit aber ist auch die fristlose Kündigung gegen Poullain nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ihre Zurücknahme ist nur noch eine Frage der Zeit.

Eine Geschichte also, die ausgeht wie das berühmte Hornberger Schießen? Nicht ganz. Denn für Poullain hat sich die Poullain-Affäre gelohnt: 2,1 Millionen erhielt er als Abfindung bereits Anfang des Jahres. Eine weitere Million ist ihm jetzt als Entschädigung sicher, wenn die fristlose Kündigung zurückgenommen wird. Rund 2,4 Millionen erhält er von der Westfälischen Landesbank als Pension. Und einen neuen ertragsreichen Posten hat er inzwischen auch schon — als Manager bei der Iran-Krupp Investment AG in Zürich.

Deutsche Soldaten in alle Welt?

Die „Blauhelme" der UNO sind berüchtigt. Unter dem schönen, aber irreführenden Namen „Friedensstreitmacht" werden sie da eingesetzt, wo die tonangebenden Mächte der UNO den Einsatz von Truppen für notwendig halten, dabei aber vom Einsatz eigener Truppen absehen, weil das einer offenen Intervention gleichkäme und sie stattdessen lieber auf die „neutralen" Truppen der UNO zurückgreifen. So wie etwa im Nahen Osten geschehen, wo die „Blauhelme" gegen das kämpfende palästinensische Volk eingesetzt wurden.

Eine Verstärkung dieser „Blauhelme" und mehr ihrer „friedenserhaltenden Operationen" forderte jetzt Bundesaußenminister Genscher in der UNO. Genscher, gegenwärtig auch Ratsvorsitzender der EG, bekräftigte die Bereitschaft der neun westeuropäischen Staaten, solche Einsätze insbesondere im Nahen Osten und in Afrika, durch Truppenkontingente, logistische und finanzielle Hilfe zu unterstützen. Und wie um die Ernsthaftigkeit solcher Erklärungen unter Beweis zu stellen, kündigten die britischen Imperialisten sogleich die Bereitstellung von 1.000 Soldaten für diesen Zweck an.

Die westdeutschen Imperialisten haben bisher keine Soldaten für die UNO-Einsätze zur Verfügung gestellt, sondern sich „nur", wie etwa im Südlibanon, mit der Bereitstellung von Flugzeugen, Fahrzeugen und militärischer Ausrüstung beteiligt. Denn an und für sich verbietet das Grundgesetz den Einsatz von bewaffneten Soldaten in anderen Ländern. Aber das soll sich in Zukunft ändern. Inzwischen hat Bonn bereits einen „Verfassungsexperten" aufgetan, der „wissenschaftlich" bewiesen hat, daß es sich bei den UNO-Militäreinsätzen laut UNO-Charta um „kollektive Selbstverteidigung" handelt. Und „Selbstverteidigung" ist schließlich im Grundgesetz nicht nur erlaubt, sondern sogar gefordert...

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Ruhrgebiet zum „Terrorzentrum" erklärt



Karte und Schlagzeile aus der „Welt" vom 26. 9., Schlagzeile aus der „Bild" vom 26. 9.

Fortsetzung von Seite 1

wandelt. Als Quelle für ihre Horrormärchen gaben die Berufshetzer aus dem Haus Springer übrigens — unwidersprochen — den Verfassungsschutz an. So nutzten die Herren in Bonn und ihre bezahlten Zeitungsschmierer die Schießerei von Dortmund, um jetzt das industrielle Herz unseres Landes, das Ruhrgebiet, zum Kriegsschauplatz zu erklären. Was die Werktätigen hier zu erwarten haben, davon geben die Ereignisse von Dortmund schon einen Vorgeschmack.

Da ist zum Beispiel der Stahlarbeiter Bruno Wein, der an jenem Sonntag auf Schicht war. Nur weil in seinem Haus Licht brannte, hatten es die kriegsmäßig mit Stahlhelmen und schweren Waffen ausgerüsteten Terroristenjäger gestürmt, hatten sie rücksichtslos Fenster und Türen mit ihren Äxten kurz und klein geschlagen. Die „Bild-Zeitung" am 25.9.: „Auch der Besitzer des Einfamilienhauses mit der eingeschlagenen Tür hatte Verständnis."

Einen Tag später besuchen wir Bruno Wein. Er hat gerade seine Tür reparieren lassen und hat dafür extra einen Tag freigenommen. Er hat alles andere als Verständnis. Bruno Wein kann es nicht begreifen, was für ein Zirkus hier gemacht worden ist, daß man sein Haus mit aufgebrochenen Türen und Fenstern und ausgekühlten Räumen zurückgelassen hat, ohne sich hinterher weiter darum zu kümmern. Und das für nichts und wieder nichts. Bruno Weins Nachbar hat das ganze Theater miterlebt: „Wenn die mich doch nur gefragt hätten, ich hätte ihnen sagen können, daß der Bruno sein Licht immer brennen läßt, wenn er zur Arbeit geht. Das tun wir doch alle hier. Aber die waren ja ganz darauf versessen, das Haus zu stürmen. Da waren ganz junge Burschen dabei, die hatten vor lauter Angst die ganze Zeit ihre zitternden Hände an ihren Pistolengriffen. Ich glaube, wenn ich zu Hause mein Gewehr angefaßt hätte, wäre ich sofort von fünf Mann in Stücke geschossen worden. Dann sind sie auch bei mir in die Bude gestürmt und haben sie durchsucht. Draußen im Garten haben sie in der Erde rumgestochert. Während der ganzen Zeit hatten sie das ganze Gebiet abgeriegelt. Streifenwagen und Krankenwagen standen bereit und noch den ganzen Tag stand ein Hubschrauber mit fürchterlichem Krach über unserem Gebiet. Dann haben sie mich gefragt, welche Figur hat ihr Nachbar? Trägt er einen Bart? Trägt er schmale Hemden? Hat er auch ein Gewehr? Ich sag', ich weiß nicht. Kann sein, daß er eins hat. Das haben hier doch viele. Hat er nun ein Gewehr oder nicht, werde ich wieder angeherrscht. Ich weiß das doch nicht. Die haben mich immer wieder gefragt und so getan, als ob der Bruno ein Terrorist wär'."

In Dortmund wird ein junger Mann festgenommen, weil jemand eine Ähnlichkeit mit Christian Klar festgestellt haben will. Genauso geht es einer Kindergartenpraktikantin, die „unkonventionell gekleidet ist". Sie hält man für Silke Maier-Witt. Ganze Hochhäuser in Hörde und Löttringhausen sowie ein Studentenwohnheim werden durchsucht. In Dortmund-Scharnhorst wird ein Haus gestürmt, über das schon am nächsten Tag in „Bild" zu lesen ist: „das vermutliche Hauptquartier der Terroristen". In einem Lünener Hotel sieht sich ein dänisches Ehepaar auf Urlaubsreise plötzlich von MP-bewehrten Polizisten umringt. Auch sie — gesuchte „Terroristen". Bei der Polizei ruft sogar ein Mann an, der schwört, Andreas Baader in der Straßenbahn gesehen zu haben.

Zwei Tage später wurde dann wieder geschossen in Dortmund. Bei einer Polizeikontrolle auf der Stockumer Straße wurde ein BMW unter Feuer genommen. Eine Kugel zertrümmerte die Heckscheibe und nur dem Zufall ist es zu verdanken, daß dabei nicht neue Opfer einer schießwütigen Polizei zu beklagen waren.

„Terroristenzentrum Ruhrgebiet" — mit dieser Hetzparole wollen die Herren in Bonn den Eindruck erwecken, als sei gerade hier der bürgerkriegsmäßige Aufmarsch der Polizei eine dringende Notwendigkeit zum Schutz der Werktätigen. Wollen sie die Aufstockung ihrer Polizeikräfte rechtfertigen (allein in den nächsten anderthalb Jahren um 2.800 Mann in NRW). Und in den besagten stillgelegten Zechen wurde zwar nicht ein einziges Stück Munition gefunden. Aber immer öfter probt hier mit schweren Waffen die Polizei den Bürgerkrieg (der RM berichtete wiederholt darüber). Und bei diesen Manövern geht es dann nicht gegen einige gesuchte „Terroristen", sondern in aller Deutlichkeit gegen streikende Belegschaften oder aufständische Arbeiter.

Was den „Schutz" der Polizei für die Werktätigen betrifft: Bruno Wein und der Fahrer des BMW in der Stockumer Straße können ein Lied singen von diesem „Schutz". Und so etwas spricht sich herum. Ist es da ein Wunder, daß sich statt der immer wieder beschworenen „Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung" im Gegenteil Mißtrauen und Empörung ausbreiten? Daß sich immer mehr Werktätige, so wie der Nachbar Bruno Weins, nicht von den „Terroristen", sondern von den Terroristenjägern bedroht fühlen?

Und das Mißtrauen ist übrigens beiderseitig. Daß die Polizei nicht nur den Werktätigen im allgemeinen, sondern sogar ihren eigenen „Sympathisanten" mit feindlichen Gefühlen begegnet und ihnen nicht über den Weg traut, zeigt die folgende Episode, die sich nach der Schießerei am vorletzten Sonntag in Dortmund abgespielt hat. Ein vor etwa vier Wochen gegründeter „Hilfs- und Funkverein" hatte für die Polizeitruppen 40 Pfund Kaffee gekocht. Die Beamten jedoch durften das Geschenk nicht eher anrühren, bis nicht ein bestellter „Vorkoster" den Kaffee daraufhin überprüft hatte, ob er nicht etwa ein Schlafmittel enthielt.

Genosse Max Fecht gestorben

Im Alter von 64 Jahren starb am 14. September der Genosse Max Fecht aus Singen. Sein ganzes Leben war dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet. Schon in den zwanziger Jahren fand Max Fecht den Weg von der sozialdemokratischen Jugendbewegung zum Kommunistischen Jugendverband. Als sich die Nacht des faschistischen Terrors über Deutschland senkte, wurde er Mitglied der KPD und aktiver Kämpfer in der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Transportkolonne Otto".

Nach dem Krieg war Max Fecht Landesjugendbeauftragter der KPD für Baden. Seine Kollegen bei Maggi — wo er 47 Jahre lang gearbeitet hat — wählten ihn in den Betriebsrat. Als die Revisionisten die KPD in eine bürgerliche Partei verwandelten, war Max Fecht einer der standhaften proletarischen Genossen, die ihnen entgegentraten. 1974 ist der Genosse in die KPD/ML eingetreten. Er hat entscheidend mit dazu beigetragen, die Partei am Bodensee aufzubauen.

Offen gesagt ...

„Öffentliche Hand"

Die Gesamtheit der Institutionen, die über die Verwendung unserer Steuergelder verfügen, wird oft als „öffentliche Hand" bezeichnet. „Die ‚öffentliche Hand' hat dies und jenes finanziert" — heißt es. Nun ist „öffentliche Hand" kein schönes Wort. Es erinnert an Dinge wie „öffentliche Bedürfnisanstalten", „öffentliche Häuser" usw., an das Milieu der Gauner, der Nepplokale und Zuhälter. — Dieser üble, von den Erfindern des Ausdrucks nicht bedachte Beigeschmack erweist sich jedoch als durchaus gerechtfertigt, wenn man sich das Finanzgebaren der „öffentlichen Hand" etwas genauer betrachtet. In Bremen zum Beispiel erhöhten sich die Abgeordneten der Bürgerschaft ihre Diäten um über das Doppelte — von bisher 1.500 Mark netto auf nunmehr über 4.000 Mark netto inklusive verschiedener Zulagen und Sitzungsgelder. 7,5 Millionen Mark — statt bisher 3,6 Millionen — müssen nun jährlich aus Steuermitteln aufgebracht werden. Der Betrag wäre noch höher gewesen, hätte es nicht massive Proteste aus der werktätigen Bevölkerung gegeben. Trotz zahlreicher Bürgerproteste hat auch der Münchner Stadtrat die Bezüge zweier Bürgermeister erhöht: sie bekommen nun entsprechend der Besoldungsgruppe B 10 ein monatliches Gehalt von 9.500 Mark. Die in der Opposition sitzende SPD gab ihren ohnehin schwächlichen Widerstand schnell auf, wohl in Erinnerung dessen, daß sie in anderen Orten — Bremen zum Beispiel — selbst kräftig in die Futterkrippe langt. Im Bonner Auswärtigen Amt schließlich haben sich — wie ein jetzt veröffentlichter Bericht des Bundesrechnungshofes ergab — verschiedene Beamte mit „Geräten der Unterhaltungselektronik", sprich: Stereoanlagen, versorgt — auf Staatskosten, versteht sich. Von den Geräten waren inzwischen 31 Stück — teilweise unbrauchbar geworden — zurückgegeben. Das Gebaren der „öffentlichen Hand" entzieht sich meist den Blicken der Öffentlichkeit. Nur wenige Details werden bekannt. Doch diese kleinen Ausschnitte lassen ahnen, in welchem Umfang die sogenannten „Volksvertreter" und sonstigen Verantwortlichen die den Werktätigen abgepreßten Steuergelder benutzen, um sich persönlich zu bereichern. — Dies abgesehen von den Milliardenbeträgen, die über Subventionen, Aufträge und Steuererleichterungen in die Taschen der Unternehmer fließen. Das Gebaren der „öffentlichen Hand" wird mehr und mehr zu einem „öffentlichen Ärgernis". Der Zorn wächst, und es wächst auch der Wille, der „öffentlichen Hand" einmal das schmutzige Handwerk zu legen.

Fotoreportage aus Dresden

Zwei Klassen — zwei Welten!

Die DDR ist schon seit langem kein „Staat der Arbeiter und Bauern" mehr. Die Arbeiter und Bauern werden vielmehr von einer neuen bürgerlichen Klasse, der Klasse der Bonzen und Bürokraten, ausgebeutet und unterdrückt. Diese Situation äußert sich deutlich im Erscheinungsbild der Städte. Ein Hamburger Genosse, der auf Urlaub in der DDR war, hat Beispiele dieser Klassenwirklichkeit mit seiner Kamera eingefangen und uns die Bilder zusammen mit einem Kommentar zugeschickt. Abschließend schreibt er: „Entschuldigt, daß ich meine Eindrücke so ungeordnet hingeschrieben habe. Mir schwirren tausend Eindrücke im Kopf. Der Besuch war ein ziemlicher Schock für mich, da ich mir das Ganze *so schlimm* nicht vorgestellt habe."

Bericht und Bilder sind jedoch eine anschauliche und lebendige Reportage geworden — ein nachahmenswertes Beispiel.

Bild 1: Das begegnet einem oft in der DDR — Schlangestehen für die einfachsten Produkte, selbst Äpfel, da die Versorgung der Läden mit Konsumartikeln knapp gehalten wird. Die guten Artikel, die die DDR-Industrie in der Lage ist zu produzieren, werden exportiert (z. B. gutes Flaschenbier wie „Radeberger" oder „Wernesgreiner" ist nur — wenn überhaupt — durch Beziehungen zu bekommen). Eine Bekannte von mir aus Leipzig hat mir geschildert, was sie alles bei der Messe an guten DDR-Waren gesehen und wie sie dabei den Haß bekommen hat. Für die Bourgeoisie sieht es aber da anders aus.

Ein Damenwintermantel kostet mindestens 350 Mark (und da muß man seine persönlichen Wünsche schon erheblich zurückstecken). Das ist im übrigen weit über einem normalen Monatslohn. In den „Exquisit"-Läden gibt es aber dann für die Höhergestellten — so ab 750/850 Mark und mehr —, was das Herz begehrt.

Bild 2 und 3: An jeder Straßenecke provozieren einen Parolen, die die DDR und den „realen Sozialismus" hochjubeln. Dabei handelt es sich um eine Art von Holzhammerparolen, die erstens zum Teil recht primitiv sind und zweitens nicht mehr verfangen. Das sieht man insbesondere an Bild 3, denn die Wohnungsfrage in der DDR ist ein sehr drückendes Problem (siehe auch weiter unten). Junge Ehepaare müssen manchmal Jahre warten, ehe sie eine Ein- oder (mit Glück) eine Zweiraumwohnung kriegen. Eine 23jährige alleinstehende Frau, die ich kennengelernt habe, hat in Dresden nur ein Anrecht auf Untermiete (ein Zimmer)!



Bild 4: So wird Karl Marx in der DDR geehrt. Das Bild zeigt einen kleinen Hochhauskomplex am Karl-Marx-Platz in Dresden, der voll bewohnt ist. Jedoch im Plan wohl nicht mehr vorgesehen war die Beseitigung des „Gebirges" vor den Häusern und die Einrichtung von Wegen, Grünanlagen und Parkplätzen. Ich habe beobachtet, wie eine alte Frau über einen Brettersteig regelrecht längsbalanciert ist, da man anders nicht an die Hauseingänge rankommt. — Ganz anders hingegen:

Bild 5: Das ist das Prominentenviertel von Dresden. Es sieht aus wie Hamburg-Blankenese und ist nach den Schilderungen meiner Freunde Bekannten auch so. Die Bewohner haben dort Schwebebahn, Seilbahn, sauber verputzte Häuser, die in der Tat schön anzusehen sind. In dem Arbeiterviertel hab' ich hingegen Mietskasernen gesehen, wie sie im Buch stehen. Zwei Klassen, zwei Welten! Das zeigt auch folgendes Foto:

Bild 6: So am Ende des Horizonts sieht man ein Werk, wahrscheinlich ein Kohlekraftwerk, das kräftig dampft und — wie kann es anders sein! — in einem Werktätigenviertel steht.

Bild 7: Die DKP tut sich hier in Westdeutschland ja immer als Vorkämpferin für gute Lebensverhältnisse hervor. Vielleicht bringt sie in diesem Zusammenhang auch mal eine Parole wie „DDR 30 — ein Beispiel für uns." Da paßt dieses Foto hervorragend rein. Was das Foto zeigt, ist — bzw. soll sein — ein Kinderspielplatz, der allerdings alles andere als kinderfreundlich ist. Zudem ist es der einzige in der Dresdner Innenstadt, obwohl es dort viele Mehrraumwohnungen gibt (zum Beispiel in der Prager Straße), die noch in der Periode des Aufbaus für kinderreiche Familien gebaut wurden.

Noch einige Eindrücke am Rande, die ich als „Außenstehender" hatte:

Das System dort ist verrottet und instabil. Es steht praktisch nur auf einem Bein: der Nationalen Volksarmee (NVA) und dem Staatssicherheitsdienst (Stasi). Das wird durch folgenden Witz, den ich gehört habe, charakterisiert: *Warum ist Honecker gestürzt? Weil er sich auf die Jugend gestützt hat. Worüber ist er gefallen? Über die Preise.* Ich habe keinen getroffen, der für das System war, selbst einfache SED-Mitglieder nicht. Selbst der einzige, den ich traf und der meinte, daß die DDR besser als die DBR sei, hat bei dem Satz „Hier ist Radio DDR mit den Nachrichten" unter der Bemerkung „Kennen wir schon" einen Musiksender gesucht. Die Nachrichten scheinen mir den gleichen Charakter zu haben, den bei uns das „Wort zum Sonntag" hat.

Der Verrat an der Einheit der Nation fällt jedem Bürger irgendwo auf. In der Schule wird den Kleinen beigebracht, daß es „sozialistische DDR-Bürger" gibt und „kapitalistische BRD-Bürger" (welch klassenmäßiges marxistisch-leninistisches Herangehen!). Als Heimat wird die Sowjetunion angeboten. Den Lehrern wird gesagt, daß sie ihr Bemühen dahin richten sollen, daß Russisch die zweite Heimatsprache wird (ich hatte zwei Lehrer kennengelernt, die mir das erzählt haben). Die Sowjetunion ist aber **total** verhaßt. Das schlägt manchmal schon ins Chauvinistische aus („Untermensch" u. ä.).

Noch eine wichtige Sache zum Ende. Vor längerer Zeit hat sich in einer Fabrik hier in der Gegend folgendes abgespielt: In der Kantine sollte der „Kaffee-Mix" eingeführt werden. Die Arbeiter hatten aber was dagegen und boykottierten die Kantine solange, bis wieder normaler Kaffee da war.

Der Salto mortale der DDR-Propaganda

(Korrespondenz aus der DDR)

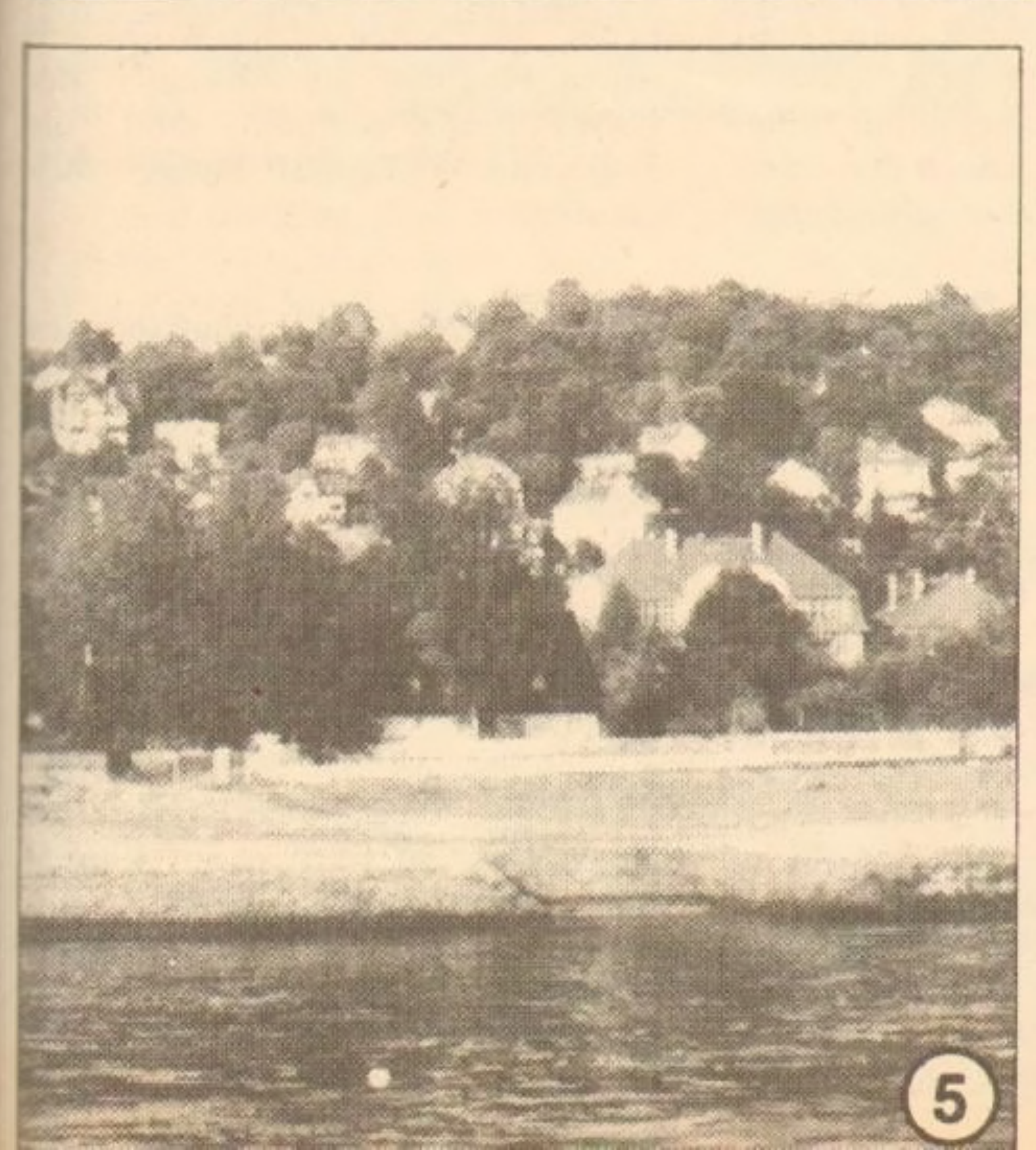
Man glaubte seinen Augen und Ohren nicht zu trauen: In nie dagewesener Weise wurde ein Kosmosflug, und zwar der des Sigmund Jähn, propagandistisch ausgeschlachtet. Vermied die SED-Propaganda bislang peinlich, DDR-Bürger als Deutsche zu bezeichnen, sah und hörte man es jetzt auf einmal ganz anders. In der Presse wurde „unser Kosmonaut" in eine Reihe mit solchen Wissenschaftlern wie Leibnitz, Gauß, Euler, Humboldt, Einstein und andere gestellt. Da diese ja unzweifelhaft Deutsche waren und der Kosmosflug des Sigmund Jähn in bekannt schamloser Übertreibung die Fortsetzung dieser deutschen wissenschaftlichen Tradition sein mußte, wurde der DDR-Bürger Jähn flugs wieder zum Deutschen gemacht.

Die Mehrzahl der DDR-Bürger war spätestens am Tag nach dem Start mit Informationen und sogenannten „Stimmungen aus der Bevölkerung" (nur Jubel und Begeisterung natürlich) so überfüttert, daß sie sich desinteressiert abwandte.

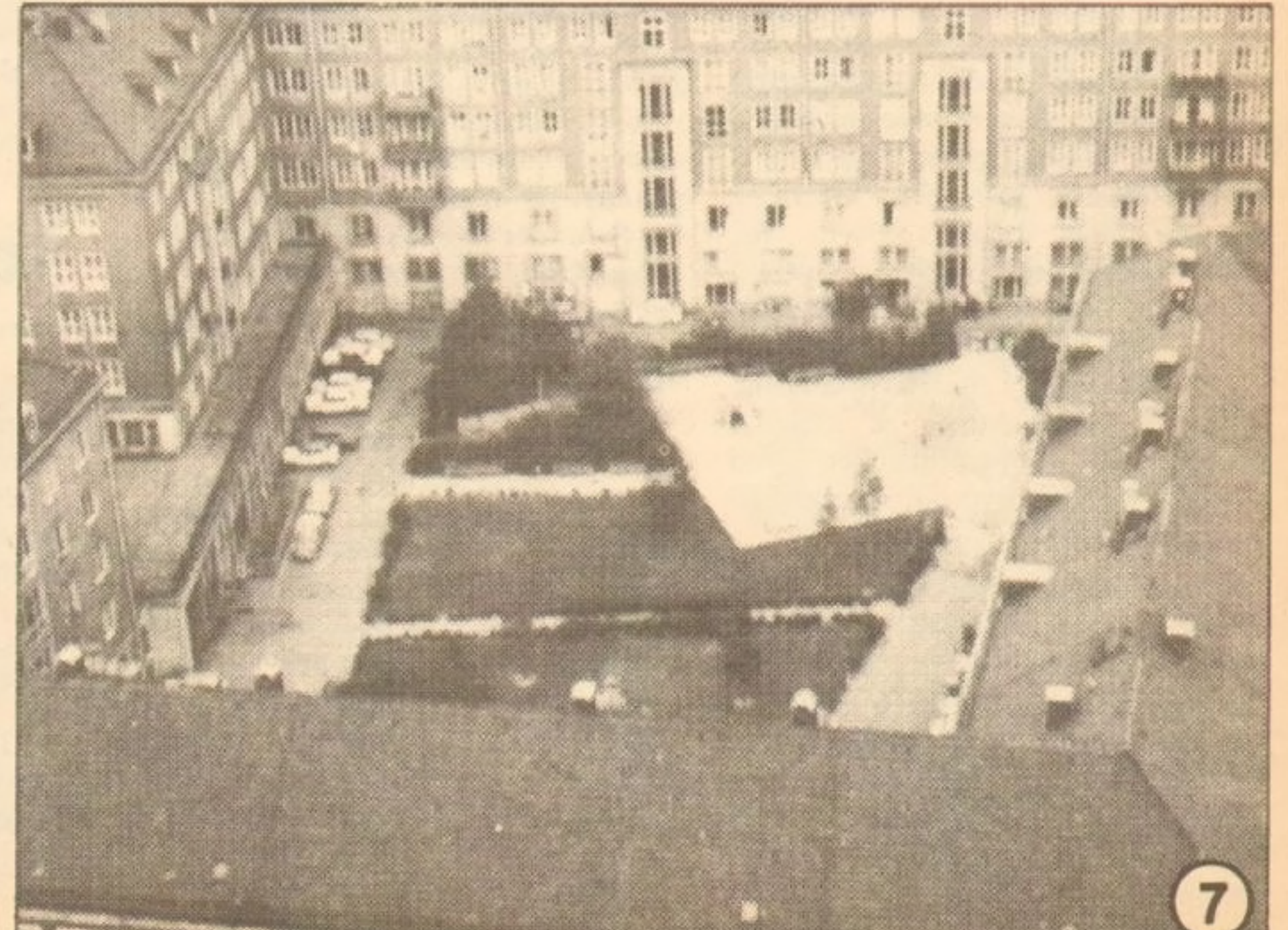
Die wahre Meinung des Volkes mußten sich einige Bonzen anhören, die das letzte Berliner Ortsderby im Fußball besuchten.

In der Halbzeitpause wurde eine Grußadresse der Mannschaften zum Raumflug verlesen. Bereits nach den ersten Worten erhob sich ein riesiges Pfeifkonzert; demgegenüber wurde die Meldung vom Ausfall des „Festes der Waffenbrüderschaft" beklatscht. Uns ist jedes Selbsttor der SED recht!

Kämpfen wir gemeinsam für die Revolution in ganz Deutschland!







AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Metaller
Selbständig Forderungen aufstellen!

Im Südwesten (Nordwürttemberg-Nordbaden) sind die Lohn- und Gehaltstarife sowie der Manteltarif für Arbeiter zum 31. Dezember gekündigt: Forderungen sind noch keine aufgestellt. Aber klar ist bereits, daß die IGM-Führung auf die vom letzten DGB-Kongreß beschlossene Forderung nach der 35-Stunden-Woche pfeift. Der IGM-Vorstand hat vor kurzem auf einer Sitzung beschlossen, daß statt einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung lediglich eine Verlängerung des Urlaubs um drei Tage gefordert werden soll. Ferner: die Lohn- und Manteltarifforderung soll als „ein Paket" behandelt werden.

Also auch hier soll ganz klar die Lohnforderung heruntergedrückt werden. IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen deutete in einem Gespräch mit der Zeitung „Handelsblatt" an, man wolle dieses Mal von vornherein vermeiden, daß bei den Gewerkschaftsmitgliedern ein „zu hoher Erwartungshorizont" geschaffen würde. Offensichtlich sitzt den Bonzen noch die letzte Tarifrunde in den Knochen, als der Tarifabschluß von 5 Prozent und das Abkommen über Abgruppierungen auf schärfsten Protest der Kollegen gestoßen war, insbesondere in Stuttgart, wo die Metaller einen der härtesten Streiks der vergangenen Jahre durchgefochten hatten. Übrigens ist es ausgerechnet der manchmal so „radikal" tönende schwäbische IGM-Boß Steinkühler, der sich jüngst sogar prinzipiell gegen die 35-Stunden-Woche ausgesprochen hat.

Für die Metaller gilt es jetzt vor allem, sich dagegen zu wehren, daß sich der Gewerkschaftsapparat schon bei der Aufstellung der Forderungen über ihre Interessen hinwegsetzt. Deshalb müssen die Kollegen selbständig — im Betrieb, am Arbeitsplatz, auf Abteilungs- und Gesamtbetriebsversammlungen, auf Vertrauensleutesitzungen und auf gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen — die Diskussion über die Forderungen entfachen, müssen sie eigenständig ihre Forderungen aufstellen. Und sehr wichtig ist es, den Aufbau von RGO-Gruppen in den Betrieben voranzutreiben bzw. die bestehenden RGO-Gruppen zu verbreitern. Denn die RGO schmiedet die Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen zur Durchsetzung der Interessen der Kollegen. Konsequenter Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für eine echte Lohn- und Gehaltserhöhung!

„Wir haben Vollbeschäftigung und nichts anderes"

„Ich, der ich die Verhältnisse in Hessen haarklein und haargenau kenne, sage Ihnen: Wir haben auf dem männlichen gewerblichen Sektor Vollbeschäftigung und nichts anderes." Der gleiche Typ eröffnet uns: Für ihn sei die Forderung nach der 35-Stunden-Woche „die dämlichste Idee, die man überhaupt konstruieren kann".

Wirres Gefasel eines geistig Weggetretenen? Hirnloses Gebabbel eines besoffenen Biertischstrategen? Oh nein! Es ist der hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP), der jüngst mit diesen Äußerungen hervortrat. Der Anlaß: die Eröffnung der „autotechnika" in Frankfurt. Die versammelten Unternehmer und Manager haben — so berichtet die Zeitung „Frankfurter Rundschau" — diese Äußerungen Karrys mit lebhaftem Beifall bedacht.

Man hält es bisweilen im Kopf nicht aus! So etwas ist hierzulande Wirtschaftsminister und schimpft sich auch noch „Volksvertreter". Von einem Franz-Joseph Strauß oder dem Bildschirmgeiferer Löwenthal ist man ja auch schon einiges gewöhnt. Aber Karry hat da doch wieder mal neue Maßstäbe an Unverfrorenheit gesetzt. Offen bespuckt und verhöhnt er die Arbeitslosen. Das von seinesgleichen und seinen Unternehmerkumpanen geschaffene Arbeitslosenheer — er erklärt es einfach für nicht existent. Oder genauer: Er erklärt es zu einem Heer von arbeitsscheuen Elementen.

Und nicht nur das. Karry stellt die Arbeiterschaft generell als eine faule Bande von Drückebergern hin. Oder wie anders soll man es verstehen, wenn Karry sagte: Berücksichtige man Urlaub, Krankheit und die „langen Kuren", so sei ja in Wirklichkeit längst schon die 32-Stunden-Woche verwirklicht?

Die sogenannte Demokratie hierzulande wird wahrlich von bemerkenswerten Leuten repräsentiert! Sicher: Die Mehrheit der Minister und Parteibonzen vermeidet es wohlweislich, so hemmungslos und unverhüllt ihre Volksfeindlichkeit und ihren Zynismus zu zeigen wie Herr Karry. Aber ihre Politik ist genau die gleiche, auch wenn sie darauf bedacht sind, sich ein „soziales" Mäntelchen umzuhängen.

Eines Tages wird das werktätige Volk die Ausbeuter und Arbeitsplatzvernichter zur Rechenschaft ziehen. Dann wird die Stube ausgekehrt, mit eisernem proletarischem Besen! Die kapitalistischen Schmarotzer und Nichtstuer samt ihren Kumpanen vom Schlage eines Karry werden dann — bei harter körperlicher Arbeit — genügend Gelegenheit haben, über Sinn und Unsinn der 35-Stunden-Woche nachzudenken. Das heißt: Viele dieser Herren werden von Glück sagen müssen, wenn ihnen diese Gelegenheit überhaupt gewährt wird.

8. Gewerkschaftstag der NGG

Neuer NGG-Boß für Lohnverzicht

Vom 24. bis zum 29. September tagte in Mannheim der 8. Ordentliche Gewerkschaftstag der DGB-Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG). Man weiß ja, wie es um das demokratische Organisationsleben im DGB bestellt ist: es ist weitgehend erwürgt und erstickt. Diktatorisch herrscht der reaktionäre Apparat der Bonzen und Funktionäre. So waren die meisten Delegierten auf diesem NGG-Kongreß alles andere als klassenbewußte Kollegen, die die Forderungen und Interessen der rund 250.000 Mitglieder der NGG verfochten hätten.

Wären sie es gewesen, so wäre der reaktionäre Unternehmerlakai Günter Döding nicht zum neuen Vorsitzenden gewählt worden (der alte NGG-Vorsitzende Stadelmaier trat aus Altersgründen zurück). Und Döding hätte dann nicht sein offen arbeiterfeindliches Konzept der sogenannten „qualitativen Lohnpolitik" predigen können, ohne von den Delegierten ausgebuht und als Arbeiterverräter angeprangert zu werden.

Dieses Konzept besagt nämlich nichts anderes, als daß die Beschäftigten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Lohnverzicht üben sollen. Die „quantitative Lohnpolitik" — so Döding — soll für die NGG künftig eine „geringere Rolle" spielen. Wörtlich sagte Döding: „Der Produktivitätsfortschritt und die Gewinne werden nicht mehr so sehr für Einkommenserhöhungen genutzt", denn mit dem einen oder anderen „möglichen Prozent Lohnerhöhung" müsse nun die Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer, zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter und überhaupt Urlaubsverlängerungen finanziert werden.

Diese Argumentation ist Unternehmerlogik reinsten Wassers. Abgesehen davon, daß es angesichts der niedrigen Löhne und der oft äußerst brutalen Ausbeutung im NGG-Bereich geradezu ein Hohn ist, von den Arbeitern und Arbeiterinnen auch noch Lohnverzicht zu fordern, ist es auch ein starkes Stück, so zu tun, als wären „Produktivitätsfortschritt und die Gewinne" bis jetzt den Arbeitern und kleinen Angestellten in Form von „Einkommenserhöhungen" zugute gekommen. Leben wir hier denn im Sozialismus, wo dem arbeitenden Volk die Früchte seiner Arbeit selbst zugute kommen? Woher haben denn die Kapitalisten der Nahrungsmittelkonzerne, die Oetker und Konsorten, woher haben die Hotel- und Gaststättenlöwen wie Wienerwald-Boß Jahn ihr Milliardenvermögen? Vielleicht durch ihrer Hände Arbeit? Sie haben es durch die Ausbeutung ihrer Lohnsklaven erworben.

Döding will den Eindruck erwecken, als setze sich der NGG-Apparat für Arbeitszeitverkürzung und für die „Humanisierung der Arbeitswelt" ein. Das ist Roßtäuscherei! Bis heute ist im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Brot- und Backwarenindustrie noch nicht einmal die 40-Stunden-Woche durchgesetzt worden. Und auf dem jetzigen Gewerkschaftstag profilierte sich Döding offen als Gegner der 35-Stunden-Woche.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die im NGG-Bereich ihr Brot verdienen müssen, lassen sich durch die hohlen Phrasen eines Döding über den angeblichen Kampf des NGG-Apparats für humane Arbeitsbedingungen und „mehr Lebensqualität" nicht täuschen. Sie haben lange genug die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer sie antreiben, schikanieren, sie wie Sklaven behandeln und ihnen unmenschliche Arbeitsbedingungen zumuten, ohne daß die Gewerkschaftsbonzen auch nur einen Finger dagegen gerührt hätten.

IGM-Führer fallen den Stahlwerkern in den Rücken

Seit August laufen bereits die Verhandlungen über den neuen Manteltarifvertrag in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremens. Ergebnis bisher: gleich Null! Vorher hatten die IGM-Bonzen große Töne gespuckt. Man wolle sich voll auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich werfen. Daß das nur leeres Geschwätz war, ist jetzt offenkundig geworden.

Die Stahlkapitalisten hatten von Anfang an verlangt, daß die Verhandlungen über den neuen Mantaltarifvertrag mit den Lohn- und Gehaltsverhandlungen zusammengelegt werden. Ihre Absicht: durch gegenseitiges Aufrechnen der Forderungen diese herunterzudrücken. Die IGM-Führung — anstatt den Bossen durch Kampfmaßnahmen diese Suppe zu versalzen — hat ihnen praktisch ihren Wunsch erfüllt. Durch die Verschleppung der Verhandlungen ist die Zusammenlegung inzwischen zur Tatsache geworden. Inzwischen sind die Lohn-, Gehalts- und Ausbildungstarifverträge bis zum 31. Oktober gekündigt.

Jetzt geben sich die IGM-Bonzen wieder einmal wortradikal, um von ihrem verräterischen Vorgehen abzulenken. So tönten sie: Durch die kategorische Ablehnung jeder Arbeitszeitverkürzung seitens der Unternehmer seien die Verhandlungen praktisch gescheitert; jetzt werde es wahrscheinlich zum Streik kommen. Aber wenn die Gewerkschaftsbonzen ehrliche Absichten hätten, dann hätten sie doch längst Kampfmaßnahmen organisieren lassen und hätten zugleich Vorbereitungen für einen unbefristeten Streik getroffen. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Daß der IGM-Apparat in Wahrheit den Kampf der Stahlwerker für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit allen Mitteln sabotiert, zeigte auch die Sitzung der Großen Tarifkommission am Mittwoch letzter Woche. Hier war offen davon die Rede, daß eine eventuelle Arbeitszeitverkürzung gegen die Forderungen zur Lohntarifrunde aufgerechnet werden soll. IGM-Verhandlungsführer Kurt Herb machte dabei folgende Rechnung auf: Eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche entspreche einer Lohnerhöhung von 1,3 Prozent. Die IGM wolle eine „Gesamtforderung von 7 Prozent" aufstellen. Damit signalisiert Herb der Basis: „Wollt ihr Arbeitszeitverkürzung, dann aber ohne Lohnausgleich!" Das ist jedoch den Interessen der Stahlwerker entgegengesetzt. Und die IGM-Bonzen spekulieren in ihrer schmutzigen Art darauf, daß unter diesen Umständen die Kampfbereitschaft für die 35-Stunden-Woche in den Hüttenbetrieben erheblich nachläßt.

Gleichzeitig jammerte Herb auch über „die schlechte wirtschaftliche Lage der Stahlindustrie". Auch in der Lohnrunde zeichnet sich also schon ab, was die Bonzen wollen: den Arbeitern und kleinen Angestellten einen besonders niedrigen Abschluß aufs Auge drücken. Wahrscheinlich denken sie an ein Ergebnis von weniger als 4 Prozent.

Aber dem noch nicht genug, hat der IGM-Apparat einen weiteren Verrat bereits perfekt gemacht: Auf der Sitzung der Tarifkommission wurde beschlossen, die stahltypischen Zuschläge (Schichtzulagen) wieder nicht zu kündigen. Das ist eine ganz besondere Schweinerei! Schon vor drei Jahren standen die Zuschläge zur Kündigung an. Seither haben die Bonzen Jahr für Jahr die Kündigung hinausgeschoben und zwar gegen die ausdrücklichen Forderungen der Stahlarbeiter.

Die Stahlwerker können den Verrat auf der ganzen Linie, der hier an ihren Forderungen praktiziert wird, nicht dulden. Die RGO-Betriebsgruppe Hoesch in Dortmund hat bereits am Freitag letzter Woche mit einem Flugblatt die Absichten der IGM-Führung enthüllt und die Kollegen zum Protest dagegen aufgerufen.

Tarifrunde bei Stahl und Metall

Fortsetzung von Seite 1

Und wir sollen unseren Gürtel enger schnallen. Das ist die Position der Kapitalisten. Für uns aber kann es nur eines geben: zum Gegenangriff übergehen. Den Kampf für eine echte Lohnerhöhung konsequent und mit aller Kraft führen und ebenso entschlossen auch den Kampf für die 35-Stunden-Woche.

Die Bedingungen sind günstig. In den letzten Jahren haben die Kollegen Kampferfahrungen gesammelt, vor allem auch in der letzten Tarifrunde, als die schwäbischen Metaller drei Wochen im Streik standen und die Kollegen bei VW mehrere Tage selbständig gestreikt haben. Die Kampfbereitschaft ist gewachsen. Die Klarheit über die arbeiterfeindliche Rolle des Gewerkschaftsapparats ist größer geworden. Der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition hat in vielen Betrieben zu ersten wichtigen Erfolgen geführt. So existieren inzwischen in vielen Betrieben Betriebsgruppen der RGO. Auch gibt es in vielen Betrieben revolutionäre oder klassenkämpferische Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter. Der zentrale Zusammenschluß der RGO steht vor der Tür. Damit wird die Schlagkraft der RGO verbessert.

Natürlich sind sich auch die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen über diese Tatsachen im klaren. Sie werden also noch mehr als bisher versuchen, durch Einschüchterung, Unterdrückung und durch heimtückisches Taktieren zu verhindern, daß wir eine mächtige Kampffront schaffen und unsere Forderungen durchsetzen können. Aber sie können die Fortschritte in der Arbeiterbewegung nicht aus der Welt schaffen. Zwar ist die Arbeiterklasse heute noch längst nicht so stark gegen Kapital und Gewerkschaftsapparat zusammengeschlossen, wie es notwendig ist. Aber besser gerüstet als in den letzten Jahren sind wir! Deshalb: entschlossen ans Werk! Treffen wir die Vorbereitungen für eine „heiße" Tarifrunde!

Kampf gegen Entlassungen bei HDW-Hamburg:

Provokation der Betriebsleitung!

Als Antwort auf die kämpferischen Aktionen der Hamburger Werftarbeiter in den letzten beiden Wochen hat der Vorstand der Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) eine üble Provokation gestartet: er forderte die Betriebsräte der klassenkämpferischen „Kollegengruppe" auf, sich von einem Flugblatt der „Kollegengruppe" zu distanzieren, in dem die Belegschaft zum Streik aufgerufen worden war.

Mit dieser Aufforderung hat der Vorstand von HDW einen Versuch gestartet, die klassenkämpferischen Kollegen und Betriebsräte einzuschüchtern. Der Vorstand demonstriert damit Härte; er versucht, in die Offensive zu gehen. Daß es sich bei dem Vorstoß um eine Art Warnschuß handelt, zeigte sich auch an der Tatsache, daß die Aufforderung zur Distanzierung rechtlich nicht haltbar ist: die drei oppositionellen Betriebsräte sind nicht die presserechtlich Verantwortlichen und damit rechtlich gar nicht belangbar.

Mit einem Flugblatt haben die drei Betriebsräte der „Kollegengruppe" die Belegschaft über diese Provokation unverzüglich informiert und das Vorgehen der Unternehmensleitung entlarvt. Im gleichen Flugblatt veröffentlichen sie auch einen Brief an den übrigen Betriebsrat, in dem dieser aufgefordert wird, sich hinter die angegriffenen Betriebsräte zu stellen und die Einschüchterung zurückzuweisen. Bis jetzt hat der Betriebsrat seiner bisherige Haltung entsprechend noch nicht reagiert; die drei Betriebsräte werden ihn auf der nächsten Betriebsratssitzung zur Rede stellen.

Die Stimmung in den Hamburger HDW-Betrieben ist weiterhin kämpferisch. Die turbulente Belegschaftsversammlung vom vorletzten Mittwoch und Donnerstag ist nicht spurlos an den Kollegen vorübergegangen, ebenso nicht der dreistündige Streik. Immer wieder melden sich Kollegen empört beim Betriebsrat und wollen wissen, was bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung nun herausgekommen ist. Sie sind nicht gewillt, die 2.000 angekündigten Entlassungen in Hamburg und Kiel hinzunehmen. In den Metallbetrieben Hamburgs wird eine große Demonstration der Metallarbeiter vorbereitet.

Empörung hat eine in aller Stille durchgeführte Maßnahme der Firmenleitung hervorgerufen. Wie am Freitag bekannt wurde, ist das Dock 19 des Werkes Reiherstieg bereits verkauft, mit Zustimmung des Betriebsratsvorsitzenden Werner Peters. Peters hatte auch die Stirn, diese die Entlassungen vorbereitende Maßnahme auf der Betriebsratssitzung und auf der Belegschaftsversammlung zu verschweigen.

Auch in Kiel ist es zu Kampfmaßnahmen der Werftarbeiter gekommen. Am Freitag, den 22. September, streikten die Kollegen des Stahlbaus im Werk Dietrichsdorf. Der Warnstreik dauerte teilweise von Mittag bis Feierabend. Die Kollegen verlangten Klarheit über ihre Zukunft. Als die Kollegen vom Werk Süd am Sonnabend aus den „Kieler Nachrichten" erfuhren, daß im Stahlbau gestreikt worden war, waren sie unheimlich sauer darüber, daß die IGM-Bonzen sie nicht informiert und damit verhindert hatten, daß sich der Streik auf weitere Abteilungen ausdehnen konnte. Sie sagten ganz klar: „Streik ist die einzig richtige Antwort auf den Henke-Plan." Ein weiterer Ausdruck für die kämpferische Stimmung und die Solidarität der Werftarbeiter ist die gemeinsame Erklärung der Kieler „RGO-Betriebsgruppe" und der „Kollegengruppe" aus Hamburg, die wir nachstehend abdrucken:

Solidarität zwischen Hamburg und Kiel

Gemeinsame Erklärung

Der Vorstand der HDW will mit allen Mitteln sein Konzept durchsetzen. Dabei setzt er auch darauf, die Hamburger und Kieler Kollegen gegeneinander auszuspielen. Henke suchte die Kieler Kollegen zu beruhigen und redet von veralteten Anlagen in Hamburg. Den Hamburger Kollegen bietet er Arbeitsplätze in Kiel an und versucht so Neid auf die Kieler zu wecken. Die Führung der IGM spielt dieses Spiel mit. Offen wird in einer Resolution gefordert, die Maßnahmen nicht einseitig auf Hamburg anzuwenden, sondern „gerechter" zu verteilen. Die RGO-Betriebsgruppe HDW-Kiel und die Kollegengruppe HDW-Hamburg erklären:

Was gegen Henkes Konzept hilft, ist nicht eine gerechtere Verteilung des Übels, sondern der solidarische Kampf gegen das gesamte Konzept. Keine Schließung von Werk Dietrichsdorf und Werk Reiherstieg!

Kampf den 2.000 Entlassungen! Keiner darf entlassen werden! Der Schiffsneubau muß in Hamburg erhalten bleiben! Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! 6 Wochen Urlaub für jeden! Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre! Weg mit dem Programmlohn in Kiel! Keine Einführung des Programmlohns in Hamburg!

RGO-Betriebsgruppe HDW-Kiel
Kollegengruppe HDW-Hamburg

Sonderschichten in der Autoindustrie

Während weit über eine Million Menschen ohne Arbeit auf der Straße liegen, lassen die Autokapitalisten Sonderschichten verfahren, um den derzeitigen Boom auf dem Automarkt auszuschöpfen, ohne neue Arbeitskräfte einstellen zu müssen. Dadurch sind ihnen superhohe Profite sicher. Die Opel-Bosse haben jetzt für die Werke in Bochum und Rüsselsheim sechs Sonderschichten bis zum Jahresende beantragt. Nach den bisherigen Erfahrungen muß man damit rechnen, daß die Zustimmung durch den Betriebsrat nicht ausbleibt. Die Mehrheit im Betriebsrat sowohl in Bochum als auch in Rüsselsheim liegt voll auf der Linie des IG-Metall-Apparats. Einerseits reden sie von Arbeitszeitverkürzung, andererseits stimmen sie den Sonderschichten zu.

Bei den Kölner Ford-Werken werden ebenfalls ständig Sonderschichten an Samstagen verfahren. Kürzlich stellte sich heraus, daß der Betriebsratsvorsitzende Schwarzenberg im April, ohne die anderen Betriebsratsmitglieder zu fragen, den Ford-Kapitalisten Zusagen für 20 Sonderschichten in diesem Jahr gemacht hat. Anstatt jedoch diesen Unternehmerlakaien als Betriebsratsvorsitzenden abzusetzen, hat die Mehrheit des Betriebsrats jetzt zugestimmt, daß im September und Oktober wieder sieben Sonderschichten verfahren werden.

Auch in der Stuttgarter Kugellagerfabrik SKF (Schwedische Kugellager-Fabriken) hat die Mehrheit des Betriebsrats ihre Zustimmung zu Sonderschichten gegeben. Die entsprechende Betriebsvereinbarung läuft allerdings am 22. September aus. Der Betriebsratsvorsitzende Eberle wird versuchen, im Betriebsrat erneut die Zustimmung für weitere Sonderschichten durchzusetzen. Allerdings gibt es bei SKF auch klassenkämpferische Kollegen im Betriebsrat, die sich dafür einsetzen, daß die Sonderschichten verweigert werden. Außerdem hat die KPD/ML in einem Flugblatt die Kollegen aufgerufen, sich gegen die Sonderschichten zu wehren.

Borsig (Westberlin): Kesselbau wird geschlossen

„Borsighammer", die Betriebszeitung der KPD/ML bei dem Elektrobetrieb Borsig in Westberlin berichtet, daß die Bosse den Kesselbau jetzt endgültig stillegen wollen. Die Hallen 4 und 5 werden dichtgemacht. 80 Kollegen aus dem Kesselbau sollen entlassen werden. Der „Borsighammer" hat übrigens bereits vor anderthalb Jahren vorausgesagt, daß diese Stilllegung geplant ist. Weiter berichtet die Betriebszeitung, daß es vorher schon massive Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen bei Borsig gab: Entlassungen bei den Angestellten, bei den Arbeitern in der Tischlerei, der Gießerei, in der Materialprüfung, Verlagerung der Kugelhahnproduktion nach Kanada und Brasilien. Verlagerung eines Teils des Maschinenbaus nach Kanada. „Für den Rest der Kollegen, die bleiben, noch mehr Arbeitshetze, Versetzungen, Überstunden und Samstags-Sonntagsarbeiten", schreibt der „Borsighammer". „Für die Krise, die die Kapitalisten mit ihrer Konkurrenz und Anarchie der Produktion schaffen, sollen wir mit unseren Arbeitsplätzen bezahlen. Für uns heißt das aber, daß wir unseren Arbeitsplatz konsequent gegen die Kapitalisten verteidigen müssen."



Schokoladenarbeiterinnen im unbefristeten Streik

„Hier gibts nichts zu sehen — hier gibts zu kämpfen!"

Volkskorrespondenz

Mit diesen Worten empfängt uns eine ausländische Kollegin, als wir ins Streiklokal kommen und sagen, wir wollten „mal sehen, was bei euch läuft". Durch eine Notiz in der Tageszeitung haben wir davon erfahren: in der Schokoladenfabrik Stehlin im kleinen Ort Allensbach bei Konstanz wird gestreikt.

Seit Dienstag, den 26. 9., steht die ganze Normalschicht, etwa 35 Frauen, im Streik. Ihre Forderung: Bezahlung nach Tarif.

Noch bis vor wenigen Wochen schafften die Frauen für einen Stundenlohn von unter 6 DM (zum Teil erheblich darunter!): täglich neun Stunden und ohne Überstundenzulage. Vor etwa einem Monat bekamen sie dann mehr Geld (so um 6,00 bis 6,50 DM) — anscheinend hat der Boß gemerkt, daß was im Busch war. Aber die Kolleginnen sind damit nicht zufrieden — zu Recht, denn der Tariflohn ist noch um einiges höher (um 7,40 DM), und der steht ihnen zu. Also: Streik.

Die Stimmung zu Beginn des Streiks können wir uns ganz gut vorstellen, als uns ein Gewerkschaftsfunktionär vor'm Tor erzählt, sie hätten die Frauen davor zurückhalten müssen, ihre Vorarbeiter zu verprügeln. Und der Herr Stehlin hat behauptet, sagt uns eine Kollegin, er sei mit Dreck beworfen worden; das stimmt zwar nicht, sagt sie, „aber wenn er das haben will — ein paar faule Tomaten können wir uns leicht besorgen"!

Stehlin ließ dann die Firma schließen und teilte den Frauen von der „Hausfrauenschicht", die am Streik nicht beteiligt sind, mit, diese Woche werde nicht gearbeitet und für den Verdienstausfall könnten sie sich bei ihren Kolleginnen bedanken. Die Streikenden rechnen damit, daß er nächste Woche versuchen will, mit der Hausfrauenschicht die Produktion wieder aufzunehmen, und sie bereiten sich darauf vor, dies zu verhindern. Die Kolleginnen sind jedenfalls fest entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen — die Streikfront steht!

Und in einer solchen Situation redet die Gewerkschaftsfunktionärin, die den Streik organisiert, davon, daß der Herr Stehlin ja ein Sturkopf sei, aber „wir Frauen müssen zeigen, daß wir die besseren Diplomaten sind" — und man müsse auf ihn zugehen und werde ihm den Vorschlag machen, die Löhne auf drei Mal stufenweise zu erhöhen. Außerdem sei es für die Gewerkschaftskasse auch ein Unterschied, ob sie 100 oder 1.000 DM Streikgeld zahlen muß . . . (Es sind alle Kolleginnen in der NGG organisiert, die meisten aber erst seit einigen Wochen. Sie bekommen trotzdem alle Streikgeld von der Gewerkschaft).

Da scheint die junge Kollegin doch etwas andere Vorstellungen von „Diplomatie" zu haben, die uns sagt: „Der Stehlin soll jetzt erst mal zu uns kommen. Und ihm wird gar nichts übrig bleiben als uns den Tariflohn zu zahlen, sonst geht der Streik eben weiter."

Hoffen wir, daß der Streik im weiteren Verlauf von der kämpferischen Stimmung der Kolleginnen bestimmt wird!



DGB-Vetter war Mitglied im NS-Jungvolk

An die RM-Redaktion

Die angeheftete Fotokopie stammt aus einem Antwortschreiben des Referenten von H. O. Vetter an einen Recklinghäuser Bürger. Dieser hatte bezugnehmend auf Presseveröffentlichungen der letzten Zeit an Vetter geschrieben und nach dessen NS-Vergangenheit gefragt. Interessant ist, daß offen zugegeben wird, daß Vetter freiwillig zum Volksgenossen im Jungvolk wurde.

Ein RM-Leser aus Recklinghausen

DGB ... 31. Aug. 78

NSDAP war und nie eine hauptamtliche Funktion in dieser Partei oder einer ihrer Gliederungen bekleidet hat. Als Hitler an die Macht kam, war er eben 15 Jahre alt. Er war aktives Mitglied der christlichen Jugendbewegung und ist dann, weil er sich der Jugendarbeit verpflichtet fühlte, Mitglied im Jungvolk geworden und in dieser Organisation dann ehrenamtlich tätig gewesen.

Ich hoffe, daß dieser Hinweis genügt, Ihnen verständlich zu machen daß Herr Vetter auf keinen Fall geneigt ist, weiterhin unwahre Behauptungen über seine politische Vergangenheit reaktionslos über sich ergehen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

GERD CLAAS

Ausbeutung bei der Inneren Mission

Liebe Genossen, ich möchte euch mal über die Mißstände im Eiderheim Flintbek der Inneren Mission (Diakonisches Werk), einer Werkstatt für Behinderte aufklären.

Ein Bekannter von mir ist dort seit längerer Zeit beschäftigt, weil er nach Abbruch der Lehre keine andere Beschäftigung gefunden hatte. Im diakonischen Eiderheim arbeiten zur Zeit ca. 200 Personen. Dabei muß ich erklären, daß das Eiderheim eigentlich in erster Linie für Behinderte gedacht ist. Es arbeiten aber auch Arbeitslose und Jugendliche dort, die keine Arbeit oder Lehrstelle nach der Schulentlassung gefunden haben oder Jugendliche, die mit dem bürgerlichen Gesetz in Konflikt gekommen sind. Es besteht dort keine Möglichkeit auf Ausbildung oder Rehabilitation. Es schaffen also nur wenige, von dort in die „freie Wirtschaft" zu kommen. Tatsächlich werden die Internatsbesucher direkt abhängig gemacht. Diese Internatsbewohner machen zwei Drittel der Beschäftigten aus. Sie sind in vier Wohnbereichen untergebracht, je nach dem Grad der Behinderung. Es kommt aber auch vor, daß man als Neuer, Nichtbehinderter, in die Bereiche für schwere Fälle kommt. Und das ist schwer, mit hochgradig geistig Behinderten Tag und Nacht zusammenzuleben. Ein Drittel der Beschäftigten sind Externe, die jeden Tag zur Arbeit gebracht werden.

Nun möchte ich zum Kern, dem Verdienst kommen. Der Stundenlohn beträgt im Eiderheim zwischen 0,30 DM und dem Höchstlohn von 1,90 DM. Mein Bekannter hatte einen Wochenabschlag von 22 DM. Ich lege euch zum Beweis eine Nettoabrechnung bei. Dazu muß man wissen, daß es im Heim acht Abteilungen gibt, in denen produktiv gearbeitet wird: Gärtnerei, Druckerei, Schlosserei, Spritzlackiererei, Autoschlosserei, Tischlerei, Industriegruppe (AEG), Mädchengruppe (Hauswirtschaft). Unproduktive Gruppen sind: Anlerngruppe, Versuchstischlerei und Spiel- und Therapiegruppe. Wir sind also fast alle nur billige ausgebeutete Arbeitskräfte, die für Almosen der Kirche arbeiten. Der Verein Innere Mission Eiderheim trägt sich zum Teil aus dem erwirtschafteten Profit selbst und auch durch Steuergelder. Dann kommen Gelder aus „Aktion Sorgenkind" und „Der große Preis". Ich möchte durch diesen Bericht die Innere Mission als Institution anklagen, weil diese uns als billige Arbeitskräfte mit Profit ausbeutet.

Ein RM-Leser aus Kiel



„Wir zeigen, wie es wirklich aussieht..."

So steht es auf dem Titelblatt einer Broschüre der Partei zu den hessischen Landtagswahlen, die an diesem Sonntag über die Bühne gehen. Ob Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, ob Bauernlegen, Besatzerterror oder Schulmisere — die Genossen zeigen, wie es hinter den Schwaden der bürgerlichen Wahlpropaganda wirklich in Hessen aussieht. Sie zeigen, daß für die Werktätigen an diesem Sonntag keine Alternative zur Wahl steht und rufen dazu auf: „Boykottiert die Landtagswahl!"

Aus dieser gelungenen Wahlbroschüre bringen wir im folgenden zwei kurze Auszüge und Faksimiles einiger Seiten.

Auf einmal haben alle den Umweltschutz entdeckt. Ob schwarz, gelb oder rosarot: Jeder sorgt sich wie nie zuvor um frische Luft, reines Wasser, um unser aller Wohlbefinden. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Im Namen ihrer Herren — der Fabrik- und Bankbesitzer — zerstören die hessischen Politiker skrupellos unsere Umwelt. Was für uns bleibt, sind ihre verlogenen Sprüche. Vor allem nach der Wahl...

Sprüche und Tatsachen

Atomare Anlagen

„Die FDP ist die parlamentarische Anlaufstelle Nr. 1 für die Umweltschützer". (H. Karry, FDP-Politiker)

Tatsachen

Östlicher Untermain. Allein im Raum zwischen Seligenstadt und Hanau sind acht atomare Einrichtungen konzentriert. Ein Brennelementezwischenlager ist geplant.

Hanau. In Hanau-Wolfgang wird von der Firma ALKEM 450 Kilogramm hochgiftiges und radioaktives Plutonium gelagert. Fein verteilt besitzt ein halbes Kilogramm Plutonium das Potential, um bei neun Milliarden Menschen Lungenkrebs auszulösen. Das Lager soll demnächst auf 5.000 bis 10.000 Kilogramm Fassungsvermögen erweitert werden. Es liegt in einer Flugschneise.

Drenke. Nahe der hessischen Grenze stürzt ein Phantom-Düsenjäger in eine Siedlung der Kleinstadt Drenke. Nur 21 Flugsekunden entfernt: das Atomkraftwerk Würgassen. Kommentar der Behörden: Es besteht nur eine Chance von 1:1 Million, daß ein Flugzeug auf ein Atomkraftwerk stürzt.

Kassel. In Borken bei Kassel ist die Errichtung eines Zwischenlagers für ausgebrannte radioaktive Uranbrennelemente geplant. Ebenfalls vorgesehen ist die Errichtung eines 1.300-Megawatt-Atomkraftwerks.

Hanau. Allein in Hanau gibt es sechs Nuklearfirmen, darunter Alkem, Nucem, Hobeg, RBU und die Transportfirma Transnuclear.

Biblis. Das in Biblis gebaute Atomkraftwerk mit seinem geplanten dritten Block ist das größte in der Welt! Über Block Drei wird entschieden: nach der Landtagswahl.

Verantwortlich für die Errichtung neuer Atomanlagen in Hessen: Heinz-Herbert Karry, zweiter Spitzenkandidat der FDP für die Hessenwahl. (...)

Hessen — Giftmüllhaufen

„Die Umwelt schonen und unseren Kindern eine lebenswerte Heimat erhalten, dafür arbeiten wir!" (Wahlreklame der SPD)

Tatsachen

Hersfeld. In der Giftmülldeponie Herfa-Neurode lagern 150.000 bis 200.000 Tonnen Giftmüll meist ausländischer Herkunft. Die Deponie hat ein Fassungsvermögen von vier Millionen Tonnen. Seit Mitte August werden dort auch 950 Fässer mit je 200 Litern des hochgiftigen Präparats „Kepone" eingelagert. Lieferant: die USA.

Dieses Präparat ist den Wallstreet-Bossen so gefährlich, daß sie in ihrem Land dafür „keine Unterbringungsmöglichkeit" finden. Die hessische Dorfdeponie dagegen sei sicher — so ein Sprecher der Deponie — „außer bei Erdbeben"! Überprüft und abgenommen wurde die Ladung vom Regierungspräsidium Kassel unter Mitarbeit des Landesamts für Umweltschutz.

Gießen. Dort lagern 6.300 Kilogramm des Insektenvertilgungsmittels DDT. Eigentümer: die amerikanische Armee. Sie sollen demnächst unterirdisch gelagert werden — nicht in den USA, in der Bundesrepublik!

Messel: Die Grube Messel, eine einzigartige Fossilienfundgrube, soll zur größten Mülldeponie Europas werden. Hier sollen jährlich 250.000 Tonnen Industriemüll und 250.000 Tonnen andere Müllarten deponiert werden. Alle 60 Sekunden soll ein 20 Tonnen schweres Müllfahrzeug in Messel ankommen. Ministerpräsident Holger Börner: nach 100 Tagen Amtszeit bereits Deponiebefürworter.

Orientieren wir uns nicht an leeren Sprüchen, sondern an Tatsachen!

Die Auswirkungen der Gebietsreform

Was hatten sie uns nicht alles versprochen: weniger Kosten, bessere Verkehrsmöglichkeiten und vor allem weniger Bürokratie. Aber wie sieht die Gebietsreform wirklich aus? Ein Beispiel: Nidda in Oberhessen. Früher ein Kleinstädtchen mit ca. 5.000 Einwohnern, heute Großgemeinde mit mehr als 10.000. 17 Dörfer gehören jetzt dazu, Dörfer, in denen sich kaum jemand darüber freut, jetzt Städter zu sein. „Ja früher", so sagte uns ein Bauer, „da hatten wir den Bürgermeister im Dorf, wir konnten ihm auf die Finger sehen, jeder kannte ihn, und wenn er mal was mauschelte, kam es meistens heraus." Die Politik von Bürgermeister und Gemeinderat war also noch überschaubar und, wenn auch nur in gewissen Grenzen, von den Bürgern zu kontrollieren.

Heute ist das anders. Denn wer weiß denn, was im Niddaer Rathaus alles gespielt wird? Wer kann denn die Zusammenarbeit der heimlichen (oder unheimlichen) Könige von Nidda, des Bauunternehmers Lupp und des Straßenbauunternehmers Möbus mit dem Magistrat kontrollieren. Die beiden leben in erster Linie von Staats- und Kommunalaufträgen. Da wird nur noch hinter verschlossenen Türen gemauschelt.

Also Abbau von Demokratie statt von Bürokratie.

Denn die Bürokratie ist gewachsen. Dafür nur ein Beispiel: Jeder der ehemaligen Dorfbürgermeister, die länger als acht Jahre im Amt waren, mußte von der Stadt weiterbeschäftigt werden. Es war natürlich nicht so einfach, für jeden eine geeignete Stelle zu bekommen. Aber schließlich wurde es doch geschafft, und so wimmelt das Rathaus von Menschen, die wenig bis nichts zu tun haben. Billiger ist die Verwaltung durch die Gebietsreform also auch nicht geworden.

Und die anderen gepriesenen angeblichen Vorteile? Die Nachteile des Landlebens (schlechte Verkehrsverbindungen, Schulen usw.) sind geblieben, höchstens wurden die Gebühren für Wasser, Kanal usw. noch höher als vorher.

Aber alle Parteien sind für die Gebietsreform, weil sie im Sinn der stärkeren Verwaltung und Überwachung der Bevölkerung liegt. Auch die CDU, die manchmal, weil sie halt die Opposition ist, gegen Auswüchse wie die Stadt Lahn protestiert, sagt: „Es kann nicht Aufgabe einer zukünftigen CDU-Landesregierung sein, ganz Hessen erneut mit einer Gebietsreform zu überziehen."

Alle bürgerlichen Parteien sind sich einig, daß die Bürger durch die Gebietsreform am besten verwaltet sind. Die Bürger sind nicht dieser Meinung!

Ein Erfolg für die Darmstädter Antifaschisten

Genossen vom Komitee gegen Reaktion und Faschismus entdeckten die frisch aufgestellten Ankündigungstafeln der NPD. Am Samstag, den 23. 9., wollten die Faschisten hier in Darmstadt eine Wahlkundgebung durchführen. Sofort setzten sich die Genossen mit einigen anderen Antifaschisten in Verbindung. Plakate und Flugblätter wurden hergestellt, in denen die Darmstädter dazu aufgerufen wurden, den Nazis die Suppe zu versalzen.

Am 23. stand jedoch in der Zeitung („Darmstädter Echo"), daß die Kundgebung verboten sei. Aus dem Artikel ging eindeutig hervor, daß das Verbot nicht etwa deshalb ausgesprochen wurde, weil der SPD-Bürgermeister etwas gegen die NPD hätte, sondern weil „... sich auch in Darmstadt eine erhebliche Anzahl von Gegnern der Rechtspartei angesammelt hätten, um die Kundgebung zu verhindern".

Weiter heißt es, „... die Polizei habe sich außerstande erklärt, in der beengten Lage in der Fußgängerzone Zwischenfälle durch den Einsatz von Beamten zu verhindern". — Im Klartext also: Die Polizei wäre gern militant gegen die Antifaschisten vorgegangen, erkannte aber, daß dies samstags vormittags in der Innenstadt eine schwierige Sache ist. Trotzdem hatte sie etliche ausgerüstete Trupps bereitstehen!

Aber trotz Polizeiaufmarsch und trotz des Verbots der Nazikundgebung „in letzter Minute" waren etwa hundert Antifaschisten am Treffpunkt erschienen, die bei dem gemeinsamen Marsch zu dem Kundgebungsplatz die Bevölkerung durch Sprechchöre aufmerksam machten. Immer mehr Nazigegner sammelten sich dann auf dem Platz und zeigten den Faschisten, daß sie entschlossen sind, der Verbreitung der Nazi-Hetzpropaganda entgegenzutreten.

Nach einstündiger Versammlung auf dem Ludwigsplatz, bei der immer wieder die Parolen „Nazis raus aus dieser Stadt, wir haben den Faschismus satt", „Nieder mit der braunen Pest!", „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!", „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!" und „Für den Profit des Kapitals in den Krieg, niemals!" gerufen wurden, kamen die meisten der Antifaschisten, deren Zahl inzwischen auf 200 bis 300 angewachsen war, dem Aufruf nach, gemeinsam durch die Fußgängerzone zum Luisenplatz zu ziehen. Dort wurde die erfolgreiche Aktion mit einer kurzen Abschlußkundgebung beendet.

Das Verhindern der Nazikundgebung ist ein schöner Erfolg der Darmstädter antifaschistischen Bewegung.

Strauß in Rüsselsheim

Korrespondenz. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes gab sich auch CSU-Chef Strauß die Ehre in Rüsselsheim. Einen solch wichtigen Mann muß man natürlich gebührend begrüßen. Und so gab die Partei ein Flugblatt heraus. „Nieder mit StrauSS" war groß zu lesen. Ob Strauß diese Begrüßung gefreut hat — wir wissen es nicht. Bei der Rüsselsheimer Bevölkerung jedenfalls stieß es auf so breite Zustimmung wie selten ein Flugblatt. „Ja, der ist mein spezieller Freund, den geh ich begrüßen!" „Der gehört aufgehängt, wenn der dran kommt, haben wir nichts zu lachen!" „Ach so, das ist gegen den Kerl. Das ist gut, gib mal her!"

Viele fanden es gut, daß der Name Strauß mit SS-Runen geschrieben war: „Endlich mal wer, der die Wahrheit schreibt!" Oder: „Endlich erbarmt sich mal einer! Gib mal her, wo soll ich das denn aufhängen; am besten wohl an der Kirche!" Öfters kamen Leute und wollten mehrere Flugblätter zugleich haben: „Die geb ich weiter, das ist gut." „Die hänge ich mir ins Zimmer, eins rechts, eins links."

Es würde zu weit führen, hier alle zustimmenden Äußerungen aufzuführen. Außerdem — vielleicht käme der Bericht nie an, wegen mangelnder Verfassungstreue. Denn was da so gesagt wurde, würde für ein paar Jahre Knast wegen „Beleidigung, Verleumdung usw." ausreichen.

Selbst am Sonntag bei der Strauß-Rede verteilten wir noch einmal sehr gut. Die Resonanz war ähnlich gut. Das zeigt, daß ziemlich viele Zuhörer nicht aus Sympathie zu Strauß gekommen waren. Jemand heftete sich das Flugblatt sogar auf den Rücken, damit man die Parole lesen konnte. Andere steckten es sich mit der Überschrift sichtbar in den Hosenbund. Eine ältere Frau, die mit einer ganzen Gruppe älterer Menschen gekommen war, sagte: „Eigentlich hätte man ja Eier werfen müssen, aber der ist ja zu weit weg. Direkt um ihn rum stehen ja nur Ordner und Polizisten. Muß der eine Angst haben."

Klar, es gab auch ablehnende Stimmen. Aber das waren wenige. Insgesamt wurde beim Strauß-Besuch und unserer Aktion dazu wieder einmal deutlich, auf welch breite Ablehnung so offene Reaktionäre und Faschisten stoßen, besonders in einer Arbeiterstadt wie Rüsselsheim, und wie breit die Basis des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus ist.


Mit Genickschüssen 7.000 Menschen umgebracht

Prozeß gegen Nazimörder in Bochum:

Mehr als 7.000 Menschen durch Genickschuß getötet

Wilejka, ein Ort in der Sowjetunion, 100 Kilometer nordwestlich von Minsk. Am 9. 9. 1942 bricht von hier aus ein Kommando der SS — wie schon so oft — zu einer Vernichtungsaktion auf. In einer Ortschaft werden aus allen Häusern jüdische Einwohner mit Gewalt herausgeholt. Wer sich wehrt oder krank und gebrechlich ist, wird auf der Stelle erschossen. Die übrigen, etwa 800, werden auf dem Marktplatz zusammengetrieben.

Ungefähr 20 Personen werden ausgesondert. Alle anderen müssen zu einem außerhalb der Ortschaft gelegenen Schuppen marschieren. Dort werden sie gruppenweise hineingeführt und durch Genickschuß getötet. Danach wird das ganze Gebäude in Brand gesteckt. Aus den Flammen heraus versuchen die nicht tödlich Verletzten zu fliehen. Erbarmungslos werden sie niedergeschossen. Währenddessen greifen die Schergen weiterhin jüdische Menschen auf. Unter ihnen eine Mutter mit ihrer achtjährigen Tochter. Zuerst wird die Mutter erschossen, dann schießt jemand der Tochter in den Rücken. Das noch lebende Kind wird einfach in das Feuer geworfen. Das war nur eine von zehn Vernichtungsaktionen, wobei insgesamt mindestens 7.000 Menschen ermordet werden.

Für diesen Massenmord, der an Grausamkeit kaum noch übertroffen werden kann, müssen sich jetzt sechs Angeklagte vor dem Bochumer Schwurgericht verantworten. Mit dem „Verantworten" ist es allerdings nicht sehr weit her. Denn daß dieser Prozeß erst heute — 36 Jahre später — stattfindet, hat dazu geführt, daß der Hauptverantwortliche der Mordtruppe, SS-Untersturmführer Grave, inzwischen gestorben ist und somit zeit seines Lebens ungeschoren geblieben ist. Weiterhin sind inzwischen zwei Angeklagte aus „Alters- und Gesundheitsgründen" ausgeschieden.

Allein zehn Jahre lang haben die Staatsanwälte ihre Ermittlungen hingezogen. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß einige der Angeklagten jetzt dreist ihre „Gedächtnislücken" geltend machen. Das Verfahren gegen den Angeklagten Lambertus wird vorläufig abgetrennt wegen einer Magenoperation. Lange wird darüber verhandelt, wie es dem Herrn denn recht sei.

Der Richter faßt die Angeklagten wie rohe Eier an. Keine Kleinigkeit, was ihr Wohlbefinden angeht, ist ihm zu gering, erörtert zu werden. Großzügiger geht er da schon über die Einzelheiten hinweg, wenn es um die „Kostenbefreiung" für zwei der Angeklagten geht. Sie bekommen die Fahrkosten sowie die Hotelrechnungen vom Gericht bezahlt. Hier wird nicht lange gefragt, ob der Aufenthalt im Hotel wirklich nötig ist.

Schon die Art und Weise, wie dieser Prozeß am ersten Tag eröffnet wurde, läßt ahnen, daß die bürgerliche Justiz die Absicht hat, hier genauso vorzugehen wie im Majdanek-Prozeß. Schonung der Angeklagten, „Gedächtnislücken", Diffamierung der Zeugen — das sind die Kennzeichen der Prozeßführung gegen die Naziverbrecher, wie sie immer wieder angewendet wird. Wer aber allein die Anklageschrift kennt, deren Verlesung über eine Viertelstunde lang dauerte, der kann nur empört sein bei dem Gedanken, daß die hier aufgeführten unmenschlichen Grausamkeiten — wie in vielen anderen NS-Prozessen — ungesühnt bleiben könnten. Die Mörder müssen für ihre Verbrechen bestraft werden!

Hamburger Antifaschistenprozeß:

Morddrohung gegen die Angeklagten!

Ermuntert durch den Strafprozeß des Hamburger Landgerichts gegen die neun Antifaschisten hat jetzt ein „SA-Gau Hamburg", der seine Auftraggeber bei der berüchtigten „NSDAP" in den USA hat, Morddrohungen gegen die angeklagten Genossen ausgesprochen. Diese Drohungen richteten sich unter anderem auch gegen eine Veranstaltung, zu der die Front gegen Reaktion und Faschismus in Hamburg aufgerufen hatte. Die Antwort: 240 Besucher kamen zu dieser Veranstaltung. Die Handvoll Faschisten wagte sich nicht aus ihren Löchern!

In einem illegalen Flugblatt des berüchtigten „SA-Gau Hamburg", das an den Angeklagten Thomas Koch adressiert war, wird offen verkündet, daß diese Faschistenbande die Adressen und Fotos von Antifaschisten sammelt, um mit ihnen feige einzeln abzurechnen. So kündigen sie an, daß im Falle eines Freispruchs im Hamburger Antifaschistenprozeß ihr „SA-Sturm" „zur Selbsthilfe wie 1933" greifen werde. Deutlicher kann die Interessengleichheit dieser braunen Brut und der Staatsanwaltschaft nicht ausgedrückt werden: wo die Justiz „versagt", helfen die offenen Faschisten nach! Anders ist es auch nicht zu erklären, daß diese Leute ungeschoren schreiben können: „**Denkt bloß nicht, wir Nationalsozialisten seien unvorbereitet, schon heute stehen Hunderte ausgebildete Parteigenossen Gewehr bei Fuß. Über die Dilletanten der RAF/2. Juni können wir nur müde lächeln!**"!!! Weiter künden sie an: „**Es wird Tote geben!!! Als erster bist du dran, Th. Koch!**"

Diese Morddrohungen, die in ihrer Frechheit und Offenheit noch nicht dagewesen sind, lösten natürlich keine Großfahndung, geschweige denn Fahndungsaufrufe aus. Die Antifaschisten wissen, daß diese Drohungen ernst gemeint sind, blutig ernst! Aber wenn die Faschisten meinen, daß sich die Antifaschisten durch das Zusammenspiel von „SA" und Behörden einschüchtern ließen, so haben sie sich getäuscht. In einem Flug-

dreck nur noch zum Arschabwischen gut!!!

Trotzdem hat das Flugblatt der "Front gegen Reaktion und Faschismus"auch sein gutes. wir, d.h. der SA-STURM II sind um zwei linke Feind-Adressen und um die Fotos von acht Antifa-Terroristen reicher.

Falls die roten Schweine vor Gericht freigesprochen werden, greifen unsere SA-Kameraden eben zur Selbsthilfe wie 1933!

Denkt bloß nicht wir Nationalsozialisten seien unvorbereitet, schon heute stehen hunderte ausgebildete Parteigenossen Gewehr bei Fuß. Über die Dilletanten der RAF/2.JUNI können wir nur müde lächeln! P.S: eure Veranstaltung am 3o.9. 2o.oo uhr in HH-Barmbek wird verhindert! Wir warnen alle Kommunisten!

'DER KAMPF BEGINNT' ROTFRONT VERRECKE!

ES WIRD TOTE GEBEN!!!

Als erster bist du dran,Th.Koch

HEIL HITLER! SA-Gau Hamburg

NSDAP jetzt !

NSDAP-AO Box 6414 Lincoln,NB 68506 US

Anonymer Drohbrief der Faschisten

tion und Faschismus die Hamburger informierte, heißt es: „... Wir Hamburger Antifaschisten versichern: wir werden dieser feigen Nazibrut keine Handbreit Boden überlassen! Wo immer sie sich aus ihrer Anonymität herauswagen, werden wir sie zusammen mit allen anderen Hamburger Antifaschisten angreifen und ihr Auftreten zu verhindern suchen."

Die von der „Front" am 30. 9. durchgeführte Solidaritätsveranstal-

240 Besuchern waren die meisten zum erstenmal auf einer Veranstaltung der „Front". Hier wurden Spenden von über 700 Mark gesammelt. In einer Pause des abwechslungsreichen Programms, bei dem unter anderem die Angeklagten eine Gerichtsszene vorführten und der Film „Unternehmen Teutonenschwert" gezeigt wurde, wurden die Solidaritätsbekundungen mit den Angeklagten verlesen. So hat eine Gruppe von 26 Personen das Konzentrationslager Bergen-Belsen besichtigt und hinterher auf einer Solidaritätsveranstaltung Geld für die Angeklagten gesammelt. Auch mehrere fortschrittliche Persönlichkeiten brachten in Schreiben ihre Solidarität zum Ausdruck, so die Schriftsteller Peter Chotjewitz und Luise Rinser, die Professoren Walter Warnach und Ossip Flechtheim, die Musikgruppe „Schmetterlinge", Redakteure der Zeitschriften „Emma" und „Neue Politik", die Pastoren Helmuth Fuss und Ilse Staude.

Diese breite Solidarität steht in scharfem Kontrast zu der vom Volk isolierten Bande von einer Handvoll

Über 50.000 Mark „Verfolgungsrisiko"

Für den 2. Oktober ist der Zivilprozeß in zweiter Instanz gegen Andreas M.-W. angesetzt worden. Bei einer Demonstration anläßlich des Todes von Günter Routhier war 1974 in Münster die Polizei brutal gegen Demonstranten vorgegangen, um sie zu verhaften. Bei dem Gerangel, das dabei entstand, holte sich der Einsatzleiter Zinn ein blaues Auge. Weil Andreas damals ergriffen worden war und inzwischen zu zehn Monaten Haft mit Bewährung verurteilt worden ist, glaubte jener Hauptkommissar Zinn, sich nun ein gutes Leben auf Andreas' Kosten einrichten zu können. Frühzeitige Versetzung in den Ruhestand und Schmerzensgeld will er sich bezahlen lassen. Das Land NRW fordert von Andreas 51.255,75 Mark nebst vier Prozent Zinsen sowie die Verpflichtung, für alle weiteren Folgeschäden aufzukommen. Nun mußte die Zivilkammer in Münster am Landgericht die Klage zurückweisen, weil bei einer erneuten Beweisaufnahme die Polizeizeugen völlig unglaubwürdige Aussagen machten. Danach legten die Anwälte des Landes NRW Widerspruch ein und konstruierten ein angebliches Schuldeingeständnis von Andreas: er hätte ja selber zugegeben, daß Herr Zinn ihn verfolgt habe, und damit sei seine Schuld bewiesen. Dann müsse er aber auch das „Verfolgungsrisiko" tragen. Dabei sei es unerheblich, durch wen Zinn zu Fall gebracht worden sei, als er Andreas verfolgte. Also: Laufe nie einem Polizisten davon, dann bist du für alles verantwortlich, was dieser anrichtet. Bei Redaktionsschluß stand das Ergebnis der Verhandlung noch nicht fest. Weg mit der lebenslänglichen Geldstrafe für Andreas!

„Werte Mitbürger in Uniform"!

Diese Anrede enthielt ein Flugblatt, mit dem die DKP sich an die Polizeitruppe wandte, die in Bünde am 16. 9. „zum Schutz der NPD-Faschisten" über die Antifaschisten hergefallen waren. Darin werden diese „Mitbürger" aufgefordert, **nach Beendigung ihres Einsatzes** (das heißt Niederknüppeln der Antifaschisten) in Leserbriefen ihre Meinung zu der Frage ihres Einsatzes zum Schutz der NPD zu äußern. Dieses Flugblatt spart nicht mit Versuchen, die Polizisten als „Gewerkschaftskollegen" anzupreisen und das Grundgesetz aufzuwerten.

Was auch nicht jeder Antifaschist in Bünde wußte: Die Rede auf der Protestversammlung des DGB gegen die NPD-Nazis hielt kein anderer als der Sekretär der Gewerkschaft der Polizei! Dessen Kollegen haben daraufhin seine Worte „schlagkräftig" unterstrichen.

Strafanzeige der Familie Stoll

Die Angehörigen des von der Polizei auf ungeklärte Weise erschossenen Willy Peter Stoll haben jetzt durch ihre Anwälte Strafanzeige und Strafantrag gegen Unbekannt gestellt. Bei dem bisher erfolglosen Versuch der Anwälte, die Akten bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf einzusehen, zeigte sich, daß die Staatsanwaltschaft offensichtlich keinerlei Ermittlungen betreibt, die die Umstände des Todes Willy Peter Stolls klären könnten. Brigitte und Gudrun Stoll bestehen aber auf einer Ermittlung, die sich vor allem auf die Fragen richten soll:

1. Trifft es zu, daß Willy Peter Stoll zu einer Waffe gegriffen hat, bevor er erschossen wurde, und konnte er das überhaupt noch?

2. War es zur Abwehr eines eventuellen Angriffs von Willy Peter Stoll notwendig, auf ihn zu schießen, insbesondere in der Weise wie geschehen?

3. Haben diejenigen, die geschossen haben, unverzüglich alle Schritte eingeleitet, um den Eintritt des Todes zu verhindern?

Die Aufklärung dieser Fragen liegt im Interesse aller, die sich durch die Todesschußpraktiken der deutschen Polizei bedroht fühlen!

Antifaschistische Front gegründet

Westberlin. Eine größere Gruppe von Antifaschisten, die in der Vergangenheit gemeinsame Aktionen, zum Beispiel gegen den reaktionären „Bund freies Deutschland" durchgeführt hatte, konstituierte sich jetzt als „Antifaschistische Front". In der Erklärung, die von ihnen erarbeitet wurde, heißt es unter anderem: „Wir sind gegen alle Formen von neofaschistischen Aktivitäten und deren Propaganda sowie deren Verharmlosung durch die Massenmedien und dagegen, daß das vom Staat geduldet wird. Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form von nationalistischer Hetze wie Antiausländer- und Kriegshetze. Mit allen fortschrittlichen Leuten wollen wir über ideologische und Parteischranken hinweg gemeinsame Aktionen durchführen und planen, womit wir verhindern wollen, daß neonazistische Umtriebe überhaupt erst zustande kommen. Dafür soll ständige und langfristige Aufklärung entwickelt werden."

Die „Antifaschistische Front" trifft sich jeden Samstag um 15 Uhr im Georg-von-Rauch-Haus, Mariannenplatz 1 a.

Berufungsprozeß in Westberlin

Am 26. 9. begann in Westberlin der im letzten RM angekündigte Berufungsprozeß gegen den Elektriker Werner A., den Koch Josef K. und den Maschinenschlosser Fritz M. im durch Panzerglasscheiben abgesicherten „Terroristensaal 501". Die Besucher wurden einer peinlichen Leibesvisitation unterzogen, mußten die Schuhe ausziehen und „Instrumente" wie Papier, Kugelschreiber, Velemint (als Chemikalie!) und anderes abgeben.

Bei der Zeugenvernehmung hatte der Hauptbelastungszeuge von Werner, Schutzmann Schramm, ein schlechtes Gedächtnis. Erst nachdem der Richter ihm die „Tatsachen", die einen Überfall von Anti-Schah-Demonstranten auf die Polizei belegen sollten (in Wirklichkeit war es andersherum!), in den Mund gelegt hatte, „erinnerte" er sich.

Nächste Termine: 10. 10. und 17. 10. jeweils 9 Uhr im Saal 501 des Landgerichts, Turmstraße.

RAKT-Prozeß verschoben

Der RAKT-Prozeßtermin gegen Volker Nieber vom 10. 10. ist aufgehoben und auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Weg mit dem Prozeß gegen Volker Nieber!

Berichtigung

Am 2. 9. war es anläßlich einer NPD-Kundgebung in Oberhausen zu einem brutalen Polizeieinsatz gegen Antifaschisten gekommen. Wir hatten darüber „Kurz berichtet" (RM 36). Wie wir jedoch mittlerweile erfahren haben, sind bei dem Polizeieinsatz außer dem jungen Mann noch zwei weitere Personen verletzt worden: einem jungen Mann wurde der Arm gebrochen; ein Rentner wurde so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Leserbriefe

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Zum Artikel „Willy Peter Stoll kaltblütig erschossen

Liebe Genossen,
gerade las ich im „Roten Morgen" den Artikel zu Willy Peter Stoll. Klar ist, und das zeigt ihr auch sehr deutlich auf, daß Willy Peter Stoll von der Polizei kaltblütig erschossen wurde. Was ich aber nicht richtig finde, ist folgendes: Ihr schreibt auf der zweiten Seite oben: „Willy Peter Stoll mußte sterben, weil er ein Feind der westdeutschen Kapitalisten und ihres Staatsapparates war, weil er eintrat für Freiheit und Gerechtigkeit. Sein Tod hat daher die Empörung vieler werktätiger Menschen unseres Landes hervorgerufen." Ich hatte bis jetzt immer gedacht, daß unsere Partei die jetzige RAF nicht mehr als Revolutionäre einschätzt, sondern nur den Kern der RAF um Ulrike Meinhof als Revolutionäre ansah. Die Geschichte der RAF nennt Genosse Ernst in seiner Rede vom 5. 12. 77 (RM 51/77) „Die Massen zur Revolution erziehen" als negatives Lehrbeispiel für die Ausweglosigkeit des kleinbürgerlichen Terrorismus. Das hat mir damals aus der Seele gesprochen. Zählt ihr nun Willy Peter Stoll zum anfänglichen Kern?

Ich glaube nicht, daß viele Werktätige deshalb empört waren, weil sie ihn für einen Menschen hielten, der für Freiheit und Gerechtigkeit eintrat. Es ist doch vielmehr so, daß die meisten Kollegen die jetzige RAF für Spinner halten, aber empört sind die Kollegen darüber, mit welchen Methoden die Polizei vorgeht, daß sie die Leute der RAF einfach abknallen.

Ein herzliches Rot Front,
D. aus Bremen.

Antwort der Redaktion: Die Kritik ist berechtigt, und wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Lesern, die wie diese Leserin aus Bremen gleich auf diesen Fehler im „Roten Morgen" reagiert haben. Um die Verwirrung, die dadurch entstanden ist, daß wir Willy Peter Stoll als Revolutionär bezeichnet haben — wofür es keinerlei Grundlagen gab — wieder zu beseitigen, seien hier noch einmal kurz die von der Bremer Leserin angesprochenen Passagen aus der Rede des Genossen Ernst Aust zitiert.

Genosse Ernst Aust stellte fest: „Die Geschichte der RAF ist ein Lehrbeispiel für die Ausweglosigkeit des kleinbürgerlichen Terrorismus, seines revolutionären Beginns und seines Endens in konterrevolutionären Aktionen" (gemeint sind solche verbrecherischen Akte wie die Flugzeugentführung von Mogadischu — RM).

Eingehend auf das heutige Verhalten der RAF „oder besser dessen, was von ihr an diversen Terroristen-, Anarcho- und Spontigruppen übriggeblieben ist", sagte Genosse Ernst, „muß man sich allerdings fragen, wem nutzen sie. Wer steht hinter ihnen. Wem sie nutzen, in Italien deutlicher als bei uns, sind die modernen Revisionisten, die sich der Bourgeoisie als Ordnungsfaktor gegen den individuellen Terror anbieten. Den Revis kann das Bestehen solcher Gruppen nur recht sein. Und die Bourgeoisie selbst, sie nutzt die Anschläge selbstredend für ihre Zwecke, zur Verschärfung ihres konterrevolutionären Terrors gegen die Werktätigen aus. Womit wir keinesfalls sagen wollen, wie es die modernen Revisionisten tun, daß solche Art Anschläge den Faschismus hervorrufen. Das ist eine üble Lüge, die im Endeffekt dazu dient, das Volk von jedem bewaffneten Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Faschismus, von der sozialistischen Revolution abzuhalten. Gäbe es solche Anschläge nicht, die Bourgeoisie würde sie selbst verüben, um ihren Terror zu verschärfen...

Wir müssen bei der Einschätzung der RAF differenzieren. Genausowenig, wie man beispielsweise einen Genossen der Partei, der 1956, als die KPD zwar schon starke revisionistische Ansätze hatte, von der Bourgeoisie verhaftet und eingesperrt wurde, nicht für die Entartung der Partei von 1963 verantwortlich machen kann, können wir den schon früh verhafteten Kern der RAF-Genossen für spätere Entwicklungen verantwortlich machen. Denjenigen aber, die heute noch unter ihren massenfeindlichen Theorien, ihrer Arroganz gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei segelnd sich dem individuellen Terror verschrieben haben, sagen wir: Kehrt um oder ihr werdet dort landen, wo eure geistigen Vorgänger, ‚Volkstümler' und ‚Sozialrevolutionäre' landeten, im Lager der Konterrevolution."

Lebensbedrohliche Bleiverseuchung der Stadt Nordenham

Volkskorrespondenz aus Nordenham

Schon immer hatten die Arbeiter der Stadt Nordenham und die Bauern der umliegenden Wesermarschen erhebliche Zweifel an der Behauptung, daß der tägliche Bleiausstoß der Blei- und Zinkhütte der Preussag ihrer Gesundheit nicht schaden würde.

1972 starben 85 Rinder aus 22 Ställen innerhalb eines Umkreises von drei Kilometern rund um die Hütte. Eine Bäuerin schildert die damalige Situation so: „Einige Kühe fraßen nicht mehr, sie fielen vom Fleisch. Man versuchte es immer wieder, aber dann konnten sie nicht mehr aufstehen. Manchmal kriegten sie Krämpfe. Sie wurden blind. Im Stall merkte man das nicht so, aber draußen, da liefen sie überall gegen, bis sie umfielen." Die Ursache? Durch einen verrosteten Schornsteinfilter war 15mal so viel Blei als der Belastungsgrenzwert erlaubt, auf Mensch und Tier niedergegangen.

Einige Jahre später brachte eine Röntgenvorsorgeuntersuchung bei 32 Kindern bleibedingte Dunkelstreifen an den langen Röhrenknochen ans Tageslicht. Woher kam das? Der Belastungsgrenzwert war nicht überschritten worden. 1976 wurde bekannt, daß in einem Kleintierzoo in Bremerhaven, sieben Kilometer von der Hütte entfernt, sämtliche Flughunde, die dort seit 1973 geboren worden waren, höchstens fünf Monate alt wurden. Sie starben an Bleivergiftung. Wiederum wusch sich die Preussag die Hände in Unschuld — denn der Belastungsgrenzwert war ja nicht überschritten worden!

Dieser bisher gültige Bleibelastungsgrenzwert ist völlig falsch berechnet. Zu dieser Feststellung kommt eine Untersuchung der Landwirtschaftskammer Weser-Ems, deren erste Ergebnisse vor zwei Monaten vorgelegt wurden.

Der bundesweit gültige Belastungsgrenzwert mißt lediglich, wieviel Blei der Organismus über die Atemluft aufnehmen darf, ohne geschädigt zu werden. Aber, so das erschreckende Ergebnis der Untersuchung: Über Grünfutter, über Obst und Gemüse nehmen Tiere und Menschen bis zu 10.000mal mehr Blei auf als über die Atemluft. 10.000mal mehr! So also erklären sich die Bleiansammlungen in den Knochen der Nordenhamer Kinder, so erklärt sich das rätselhafte Sterben der jungen Flughunde.

Die Untersuchung, bei der drei Jahre lang Rinder und Kaninchen im Umkreis von zehn Kilometern Entfernung von der Hütte beobachtet wurden, zeigt, daß gesunde Rinder, die der „normalen", das heißt staatlich erlaubten Bleibelastung durch die Hütte ausgesetzt wurden, bereits nach neun Monaten lebensbedrohliche organische Schäden hatten. Selbst da, wo nur die Hälfte des Belastungsgrenzwertes erreicht wurde, wurden die Tiere schwer geschädigt.


Bei 32 Kindern brachte eine Röntgenvorsorgeuntersuchung bleibedingte Dunkelstreifen an den Röhrenknochen ans Licht.

Und die Menschen?? — Achselzucken! Warum wurden drei Jahre lang 200 Kaninchen und 80 Rinder sorgfältigst wissenschaftlich untersucht, nicht aber die Bevölkerung von Nordenham? Dazu heißt es: „Ziel des Forschungsvorhabens ist es zu ermitteln, ob der Bereich in unmittelbarer Nähe der Hütte landwirtschaftlich genutzt werden kann."

Darum also geht es. Ermittelt wird, ob man den Bauern zusätzlich zu ihrer gesundheitlichen Gefährdung auch noch die Existenzgrundlage wegnehmen soll oder nicht. Ermittelt wird ausdrücklich nicht mit dem Ziel, die Preussag-Kapitalisten zu den tatsächlich notwendigen Schutzvorkehrungen zu zwingen.

Zur Frage der gesundheitlichen Schäden für die Menschen hatte der Leiter des staatlichen Forschungsvorhabens nur einen zynischen Kommentar: „Menschen sind weniger gefährdet als Tiere, weil sie die Pflanzen vor dem Verzehr putzen."

Und so empfahl das Staatliche Chemische Untersuchungsamt Oldenburg den Arbeitern und Bauern von Nordenham allen Ernstes, von ihrem selbst angebauten Gemüse und Obst nicht mehr als gut zwei Pfund pro Nase und Woche zu verzehren, außerdem alles gründlich zu waschen und bei Grünkohl das erste Kochwasser abzugießen. Wobei, ganz nebenbei gesagt, das „gründliche" Waschen von Obst und Gemüse zwar die Vitamine zerstört, das Blei aber nur zum Teil beseitigt. Und bei Früchten die eine Wachshaut haben, ist Waschen vollkommen zwecklos, denn hier, wie bei Äpfeln und Tomaten, sammelt sich das Blei nicht **auf** der Schale, sondern **in** der Schale. Ein lächerlicher Rat also, aber er kostet den Staat und erst recht die Preussag-Herren keinen Pfennig. Bezahlen sollen wir.

Riesige Erweiterung eines amerikanischen Munitionslagers

Für die Erweiterung eines Munitionslagers bei Wehrheim im Hochtaunuskreis sollen 90 Hektar Wald abgeschlagen werden; dies entspräche in etwa der Größe von über 120 Fußballfeldern.

Das betroffene Gebiet liegt in einer Gegend mit konzentrierter Ansiedlung von amerikanischen und deutschen Truppen. In Friedrichsthal, etwa 10 bis 15 Kilometer entfernt, befindet sich ein Truppenübungsplatz der US-Armee. Hier wurden ebenfalls riesige Waldgebiete gerodet und mit Panzern durchwühlt. Spazierwege sind teilweise nicht mehr begehbar. Auf der anderen Talseite, etwa fünf Kilometer entfernt, befindet sich ein Munitionsdepot der Bundeswehr, für welches gerade eine kostspielige Straße angelegt wurde, wobei ein ganzer Berg abgetragen werden mußte. Einige Kilometer weiter liegt die Stadt Butzbach, in der die US-Armee riesige Kasernen und Übungsgebiete unterhält.

Riesige Waldgebiete werden so umzäunt und für die normalen Werktätigen unzugänglich gemacht. In der Bevölkerung wächst die Unruhe. Manche vergleichen den plötzlichen Bauboom mit der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg, als Hitler Autobahnen und Straßen für den Nachschub im Kriegsfalle baute. Gründe für diese Unruhe sind unter anderem auch häufige Munitionsfunde außerhalb der verschiedenen Lager. Mehrfach entdeckten dort Spaziergänger in den vergangenen Wochen scharfe Übungsmunition, die sogar schon in Schulen auftauchte. Viele nehmen an, daß in einigen dieser Lager Atommaterial gelagert wird. Die großen Waldgebiete des Hochtaunus verwandeln sich teilweise langsam in hochexplosive Pulverfässer.

Zwei Mengeder vor Gericht — zweierlei Maß

Der erste Fall:

Eine 71jährige alte Frau aus Dortmund-Mengede stand kürzlich vor Gericht und erhielt fünf Monate Gefängnis mit Bewährung. Was hatte sie denn getan, fragt man sich jetzt. Es ist kaum zu glauben, sie wurde von einer Dortmunder Richterin wegen Diebstahls von einem Glas Kaffee so hoch verurteilt. Zusätzlich zu diesen fünf Monaten erhielt sie noch eine Buße von 500 DM. Wenn sie das nicht zahlen kann, muß sie ins Gefängnis gehen!

Der zweite Fall:

Ein wortgewandter und „vornehmer" Mengeder ergaunert sich zwei Millionen und besitzt innerhalb von fünf Jahren drei Häuser. Er wurde verurteilt zu vier Jahren Gefängnis ohne Bewährung, aber wegen einer Million konnte er nicht verurteilt werden, dieser Teil wurde eingestellt. Hier spielt auch eine alte Frau eine Rolle. Dieser Frau hat er ihr gesamtes Vermögen in Höhe von einer Million Mark abgegaunert, und er braucht nicht dafür zu sühnen. „Die 96jährige alte Frau, die Geschädigte", so Richter Lamerding, „ist nicht mehr vernehmungsfähig." Die alte Frau wurde zwangsweise, das heißt, sie wurde vorher entmündigt, aus ihrer alten Wohnung geholt und befindet sich jetzt bettelarm geworden, von Sozialhilfe lebend, in einem Pflegeheim.

Unglaublich, denkt man, aber das sind wahre Fälle aus unserem Stadtteil. Sie zeigen einem deutlich, wen unser Staat unterstützt. Das „Urteil" bei Theodor Sonntag, so heißt dieser „Lebemann", hat übrigens Richter Lamerding gesprochen, der uns gut bekannt ist von einigen Prozessen gegen Genossen von uns.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML**, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML

In der vergangenen Woche gingen folgende Spenden auf die Konten der KPD/ML ein:

I. Spenden anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

25. 9.	
H. D., Gaggenau	50,00
R. L., Idar-Oberstein	10,00
Griechischer Kollege, Westberlin	20,00
Grilltreff Gießen	10,00
RAKT-Veranstaltung, Düsseldorf	280,00
26. 9.	
W. S., Gießen	10,00
LBV Weser-Ems	205,00
LBV Schleswig-Holstein	209,00
Zelle Herne	240,00
H. K., Dortmund	100,00
LBV Weser-Ems	186,00
Genossen aus Bochum	591,00
LBV Bayern-Nord	97,10
2 Genossen aus Würzburg	60,00
K. H. K., Heidelberg	700,00
L. K., Stuttgart	30,00
E. P., Salem	15,00
R. A., Bremen	30,00
RHD, Dortmund	19,50
27. 9.	
T. L., Karlsruhe	20,00
29. 9.	
E. N., Brunsbüttel	30,00
P. K., München	265,00
R. R., Frankfurt	30,00
I. W., Frankfurt	212,00
zusammen	3.419,60

II. Spenden für die Sektion DDR

26. 9.	
W. H., Würzburg	198,00
Kunden Buchladen „Roter Morgen", Münster	25,00
zusammen	223,00

III.

26. 9.	
Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Münster, FRAP	25,00

IV.

M. Sch., Schwäbisch-Gmünd für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus	100,00

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML

12.689,53 DM

an Spenden bei uns ein.
Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

100.000 DM für die KPD/ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Ko.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Ko.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD/ML

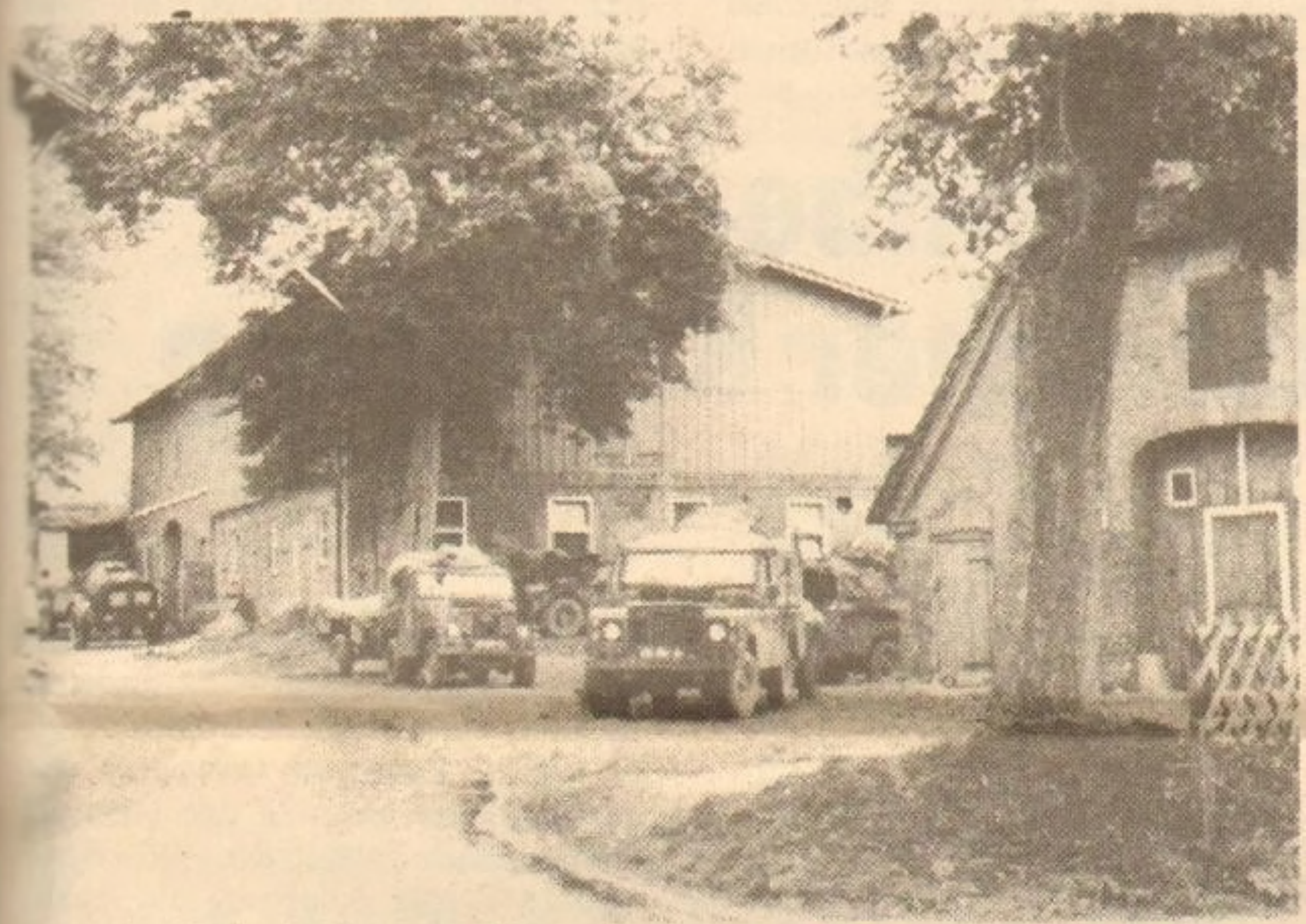
Die NATO-Herbstmanöver 1978 sind beendet. Hinterlassen haben die Manövertruppen — über 200.000 Soldaten probten allein auf dem Boden der Bundesrepublik den Krieg — ein Bild der Verwüstung. Zahlreiche Menschen liegen als Opfer des Manöverterrors in den Krankenhäusern. Wieviele es sind, die bei den diesjährigen Herbstmanövern den Tod fanden, weiß niemand. Denn darüber berichten Generäle und Presse nur bruchstückhaft. Die Werktätigen könnten ja sonst den Glauben an den Verteidigungszweck dieser Übungen verlieren...

Genossen der Roten Garde und der Partei sprachen in verschiedenen Manövergebieten mit Bauern, Landarbeitern und Soldaten. Hier ihre Berichte:

„Bold Guard":

Zwei Wochen Manöverterror

„Das ist mehr als eine Sauerei...", empörte sich ein Landarbeiter in Bark am Rande des Segeberger Forstes. Dort war ein Schwerpunkt des Manövers „Bold Guard". Der ältere Arbeiter zeigte uns sein Haus. Es liegt an einer Straßenkreuzung. Vor dem Haus Dreck und tiefe Panzerspuren. Nächtelang sind dort die Panzer vorbeigedonnert. Voll Wut zeigt er uns die langen Risse an seinem Haus. Fast alle Außenwände waren gerissen! „Das bringen wir im ‚Freien Landvolk'", mußten wir ihm versprechen. Jetzt hofft er, daß der Schaden aufgenommen und vielleicht auch anerkannt wird. Ob man ihm dafür dann etwas zahlt?



Ausländische Truppen spielen sich als Besatzer in unseren Dörfern auf.

Über zwei Wochen war der größte Teil der Bevölkerung Schleswig-Holsteins dem Manöverterror ausgesetzt. Nächtelang fuhren Autos und Panzer durch die Dörfer und Ortschaften, fanden Gefechtsübungen statt. Die NATO-Kommandeure, unter ihnen auch US-General Gray, der seine Kampferfahrungen in Vietnam sammelte, schonten weder Leben noch Gut der Werktätigen.

Es kam zu Ereignissen wie diesem: Am Dienstag, den 19.9. schlugen in einem Vorort von Kiel Flugzeugteile in Wohnhäuser und beschädigten die Dächer. Ein amerikanisches Flugzeug vom Typ „Harrier" hatte sein Kabinendach verloren! „Ich dachte, hier schlagen Granaten ein", sagten die Anwohner, und die betroffene Frau schilderte ihren Eindruck so: „Ich dachte, mein Heizkessel explodiert." Unter den Teilen war die scharfe Sprengkapsel zum Abstoßen der Haube! Daß nichts Schlimmeres passierte, war reiner Zufall!

Reiner Zufall war es auch, daß die beiden Soldaten am Leben blieben, die mit einem MAN-5-Tonner mit 1,5-t-Anhänger bei Großenaspe in der Nähe von Neumünster von der Straße abkamen. Der LKW, vollbeladen mit Benzin und Diesel, stürzte um, der Anhänger klappte auf das ziehende Fahrzeug. Fahrer und Beifahrer mußten mit Rettungshubschraubern ins Krankenhaus gebracht werden. „Daß die Kanister nicht explodierten", schreibt uns ein Soldat, „und die beiden Kameraden am Leben blieben, ist beinahe schon ein Wunder."

Aber nicht alle, die in solche und ähnliche Unfälle verwickelt wurden, kamen mit dem Leben davon. **Kieler Genossen, die durch das Manövergebiet fuhren, hörten von über zehn Verkehrstoten durch das Manöver. Ein Soldat erzählte ihnen von acht Manövertoten, von denen er selbst gehört hatte!**

Wo Leben und Gesundheit der Werktätigen und der Soldaten für die Herren Generäle schon ein einkalkulierter Manöverbestandteil sind, sind das verwüstete und zerstörte Felder erst recht. Auf weit über 20 Millionen Mark wurde der angerichtete Schaden allein bei dem Manöver „Bold Guard" geschätzt. Fast alle, mit denen die Kieler Genossen sprachen, waren empört über die Rücksichtslosigkeit der Manövertruppen. In früheren Manövern waren auf den Karten der Truppen Maisfelder und Hackfruchtkoppeln als verminte Gebiete eingezeichnet, so daß Panzer dort nicht so häufig reinfuhren. Dieses Jahr gab es diese minimalen Schranken für die Panzer nicht. Alles sollte so wirklichkeitsgetreu wie möglich sein. Aus diesem Grund fanden die Gefechtsübungen auch hauptsächlich nach Einbruch der Dunkelheit statt, fuhren die Manöverkolonnen ohne Rücksicht auf den Verkehr auf Äcker und Wiesen. Ein Vorgehen, das auch viele Soldaten empörte, vor allem die, die selbst vom Land stammen und die Folgen dieser mutwilligen Zerstörung absehen können.

Bauern, die gegen Hubschrauberlandungen angingen, hielt man Gesetze vor die Nase: „Das Überqueren und Besetzen von unbebautem Gelände ist gestattet..." Aber nicht alle ließen sich den Terror der NATO-Truppen aus der Bundesrepublik, den USA, Britannien, Dänemark und den Niederlanden gefallen. Einige Bauern versperrten den Truppen den Zugang zu ihren Feldern mit Geräten oder Sandhaufen. Anderswo versperrten Bauern den Soldaten eine Brücke, so daß sie sich für den Flußübergang selber eine bauen mußten. Kleine Widerstandsaktionen, sicher. Aber sie demonstrieren, daß das Volk — entgegen den Presseverlautbarungen der NATO — nicht im Traum daran denkt, die NATO bei ihren Kriegsübungen zu unterstützen. Das gilt auch für diejenigen, die die kriegstreiberischen Ziele dieser Manöver noch nicht voll durchschauen. Denn daß diese Militärübungen auf keinen Fall der Verteidigung **ihrer** Interessen dienen, das spüren fast alle. Darin erteilt ihnen die NATO bei jedem Manöver eine Lektion.



Aufkleber der Roten Garde

Aktionen gegen Manöverterror

Korrespondenz. Das diesjährige Herbstmanöver „Blaue Donau" bekam man auch im Ries (Schwaben) deutlich zu spüren. In der Zeit vom 17. bis 22. September spielten hier Amerikaner, Kanadier und Bundeswehr fleißig Krieg.

In diesem Jahr wurden davon vor allem die Bauerndörfer im Ries und die umliegenden Felder in Mitleidenschaft gezogen. Bei Ederheim wurde ein großes Feld, auf dem das Wintergetreide schon aufgegangen war, von Panzern so zerstört, daß der Bauer mit großen Verlusten bei der Ernte im nächsten Jahr rechnen muß. Außerdem wird die Ernte mit dem Mähdrescher schwierig sein, da der Boden an vielen Stellen aufgewühlt und nicht mehr eben ist. Besonders unsinnig erscheint es hier, wie auch bei anderen Flurschäden, daß die Panzer überhaupt in das Feld hineingefahren sind. Denn die hinterlassenen Spuren zeigen, daß die Panzer in das Feld hineingefahren sind, dort gewendet haben und wieder hinausfuhren.

Für Schäden soll den Landwirten ja Entschädigung gezahlt werden. Doch schnell erfolgt dies nur, wenn der Geschädigte weiß, welcher Einheit der Panzer angehörte, der das Feld beschädigt hat. Kann der Bauer darüber keine Auskunft geben — und es ist ja nicht möglich, daß die Bauern alle ihre Felder Tag und Nacht bewachen — muß er lange warten und sich mit den Behörden herumärgern, bis ihm der Schaden ersetzt wird. Es gibt Bauern, die schon ca. drei Jahre auf Entschädigung warten...

Gegen diesen Manöverterror unternahm die Rote Garde eine Aktion, um die Bewohner der Riesdörfer und besonders die Bauern gezielt anzusprechen. Es wurden Plakate angeschlagen, auf denen zum Kampf gegen den Manöverterror aufgerufen wurde und Flugblätter verteilt, mit denen für die Revolutionäre Landvolkbewegung geworben wurde.

Atombombe auf das Edertal?

„Noch ist es Übung", heißt es in einem Flugblatt, das während des Manövers „Red Tornado" zusammen mit dem Programmentwurf der „Revolutionären Landvolkbewegung" im Edertal verteilt wurde. „Und so soll der makabre ‚Höhepunkt' des NATO-Manövers ‚Red Tornado' aussehen: Bei einer ‚Schlacht um die Eder' wird eine Atombombe gezündet, Giftgas wird eingesetzt.

Die Folgen wären im Ernstfall: Tausende von Toten, wer davonkommt, ist durch Gift und radioaktive Strahlen verseucht. Dörfer, Felder und Wälder zerstört und auf unbestimmte Zeit vergiftet. Ödes Land, auf das kein Mensch mehr seinen Fuß setzen kann. Wo heute jedes Jahr viele Familien Ruhe und Erholung suchen — totes Niemandsland. Hiroshima und Seveso auf einmal...

Wenn auch hier Atombomben durch Knallkörper, Giftgas durch Wasserdampf ersetzt werden, so doch nicht aus Mangel an scharfer Munition. Denn Atomwaffen und chemische Kampfstoffe lagern in ‚ausreichenden' Mengen auf deutschem Boden (beispielsweise im Wald von Freienhagen)... Nein, Giftgas und Atombomben sind für die NATO-Strategen keine wirklichkeitsfremden Zukunftsvisionen. So stellen sie sich das vor, was sie uns als ‚Verteidigung' verkaufen wollen..."

„Weil das so ist, weil in den NATO-Manövern nicht der Schutz der Bevölkerung geprobt wird, sondern der Krieg", heißt es in dem Flugblatt weiter, „ist die Revolutionäre Landvolk-Bewegung grundsätzlich gegen diese Manöver und kämpft gegen den Terror, den die NATO-Truppen bereits heute gegen die Werktätigen auf dem Land, aber auch die einfachen Soldaten, ausüben."

„Die haben gehaust wie die Vandalen!"

Am Freitag, den 22.9. ging das NATO-Manöver „Red Tornado" im Edertal zu Ende. Und es sieht auch aus, als hätte hier ein wirklicher Tornado getobt. Die betroffene Bevölkerung, vor allem die Landwirte, sind empört. Nicht nur, daß sie über eine Woche lang, bei Tag und bei Nacht, dem Manöverterror ausgesetzt waren. Daß Panzer, tieffliegende Düsenmaschinen und Hubschrauber das sonst so friedliche Tal — zur Sommerzeit ein beliebtes Erholungsgebiet — in einen Hexenkessel verwandelten. Schwerer wiegen die riesigen Manöverschäden, deren Ausmaß noch nicht abzusehen ist.

Am stärksten betroffen sind die Gemeinden Altwildungen, Affoldern, Anraff und Giflitz. Hier wurden in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Orte zu verschönern, die Straßen und Wege auszubauen. Doch die totale Rücksichtslosigkeit der zumeist belgischen und englischen Truppen hat viele dieser Anstrengungen zunichte gemacht. Die Straßen sind beschädigt, Bordsteine herausgerissen worden, Feldwege und Wassergräben von Panzern kaputtgefahren. Zäune von Grundstücken sind in großem Maße einfach niedergewalzt worden. Mehrere PKWs mußten das gleiche Schicksal erleiden.

Ein noch größeres Chaos auf den Feldern, wo durch die ungünstige Witterung bedingt, große Teile des Getreides und der Hackfrüchte noch nicht abgeerntet worden sind. Hier haben regelrechte Panzerschlachten stattgefunden. Jetzt sind große Teile der Ernte vernichtet, rücksichtslos von Panzern niedergewalzt. Hubschrauber flogen im Tiefflug über weidende Milchkühe hinweg. Dabei platzte durch den Luftdruck der Motoren einer Kuh das Euter, und das Tier mußte jämmerlich verenden.

Die Stimmung der Bauern ist auf dem Nullpunkt. „Wissen Sie, wieviel Arbeit darin steckt", sagte mir ein Bauer vor den Trümmern seines Maisfeldes, „nun war das alles umsonst. Und wann ich die Entschädigung bekomme, weiß ich noch nicht. Das kann lange dauern." Ein anderer: „Die haben gehaust wie die Vandalen. Als ob sie hier möglichst realistisch Krieg spielen wollten."

UNO: Chinesische Kriegshetze

Von der Tribüne der UNO-Vollversammlung aus hetzte der chinesische Außenminister Huang Hua in der vergangenen Woche für die weitere Aufrüstung der imperialistischen Staaten Westeuropas. Zu einer Zeit, wo in der Deutschen Bundesrepublik und anderen Ländern die größten NATO-Manöver aller Zeiten über die Bühne gehen, forderte der chinesische Minister die europäischen Mitglieder der NATO dazu auf, ihre Rüstungsanstrengungen zu verstärken. Die Stärkung des aggressiven westlichen Kriegspakts, so Hua mit beispielloser Dreistigkeit, „dient dem Weltfrieden" und sei „im Interesse aller Völker".

Italien: Hinterhältiger Mord der Faschisten

Auf offener Straße erschoß in der Nacht zum Freitag ein faschistischer Mordtrupp den 24jährigen Ivo Zini. Der junge Mann hatte in einem römischen Vorort vor einem Büro der revisionistischen Partei gestanden und eine dort ausgehängte Zeitung gelesen. Am Freitag demonstrierten in mehreren italienischen Städten Tausende von Werktätigen gegen diesen feigen Mordanschlag.

Belgien: Streik der Raffineriearbeiter in der dritten Woche

Der Arbeitskampf in der belgischen Mineralölindustrie geht weiter. Die etwa 5.000 Arbeiter kämpfen für die Einhaltung der Tarifverträge, nach denen die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantiert ist. Die unter US-Kontrolle stehende Antwerpener Raffinerie hatte unter Bruch dieser Verträge 400 Arbeiter auf die Straße gesetzt (der RM berichtete darüber). Eine von den Kapitalisten angebotene „Vergütung" für den Abbau der Arbeitsplätze wurde von den Streikenden als „Almosen" zurückgewiesen.

Inzwischen ist eine Ausdehnung der Kampfaktionen angekündigt worden. Die Kollegen wollen den Ölhahn ganz zudrehen und nur noch die Versorgung von Krankenhäusern mit Brennstoff zulassen. Trotz des anhaltenden Streiks ist nach Meldungen aus Belgien noch keine drastische Verknappung von Benzin und anderen Brennstoffen zu spüren. Die Ursache dafür ist der Strom von Erdölerzeugnissen, der sich jetzt aus den Nachbarländern nach Belgien ergießt. Wiederholt hatten sich die streikenden Arbeiter an die Gewerkschaften dieser Länder (Frankreich, Niederlande, DBR) mit der Aufforderung gewandt, den Streikbruch zu verhindern. Allerdings vergeblich!

Die belgischen Arbeiter müssen sich so allein gegen die Streikbrecher wehren. Sie haben fliegende Kolonnen gebildet, die an den Grenzübergängen die Durchfahrt für Tankwagen blockieren. Wie berichtet wird, blieben viele dieser Wagen mit zerschnittenen Reifen liegen. Bei anderen wurde das Führerhaus eingeschlagen. An einigen Grenzübergängen kam es zu Auseinandersetzungen mit der belgischen Polizei.

Revisionistische Parteien: Über Europawahl zerstritten

In Brüssel trafen sich Vertreter der revisionistischen Parteien der EG, um über ein gemeinsames Programm für die Europawahlen im kommenden Jahr zu beraten. Von der vielbeschworenen Einmütigkeit war allerdings nichts zu spüren. Nach schwerwiegenden Auseinandersetzungen trennte man sich wieder, ohne ein Programm zu verabschieden.

Frankreich: Breite Streikwelle



Machtvolle Demonstration in Marseille

Für diese Woche haben die französischen Eisenbahner einen viertägigen Streik angekündigt. Sie fordern Lohnerhöhungen, bessere Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze. Auch in anderen Branchen, vor allem in der Stahl- und Werftindustrie kommt es immer wieder zu Streiks und Demonstrationen der Arbeiter, die vor allem gegen Massenentlassungen kämpfen.

Jugoslawien: Waffenkäufe in den USA

In der vergangenen Woche ist der jugoslawische Kriegsminister Ljubicic nach Washington gereist, um dort über amerikanische Waffenlieferungen zu verhandeln. Wie verlautet, sind die jugoslawischen Revisionisten besonders am Kauf von Raketen interessiert.

Iran: Hungerstreik der politischen Gefangenen

Die in Teheran eingekerkerten politischen Gefangenen sind in den Hungerstreik getreten. Damit wollen sie den Forderungen nach einer sofortigen Freilassung Nachdruck verleihen. „Freiheit für die politischen Gefangenen" war auch eine zentrale Parole bei den Massenerhebungen gegen den Schah in der letzten Zeit.

USA: Mit Terror gegen Streikende

Gegen die 300.000 für einen neuen Tarifvertrag streikenden Eisenbahner will Carter das berüchtigte Taft-Hartley-Gesetz anwenden, das einen Streik für die Frist von zwei Monaten unter Strafe stellt. Massenverhaftungen sind in den letzten Wochen schon unter den für höhere Gehälter streikenden Lehrern durchgeführt worden. In Bridgeport wurden in der vergangenen Woche 270 Lehrer freigelassen, die dort tage- oder wochenlang inhaftiert waren.

Nicaragua: Generalstreik dauert an

Auch nach der Eroberung aller befreiten Städte durch die mordenden und brandschatzenden Truppen hat das faschistische Regime die Situation nicht in der Hand. Der Generalstreik im ganzen Land hält mit unveränderter Stärke an. Die bewaffneten Patrioten haben unterdessen die Aufnahme neuer militärischer Aktionen angekündigt.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN



Portugal



Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, Postfach 300526

Britannien

Ford-Arbeiter im unbefristeten Streik

Seit letzten Dienstag stehen in den 23 britischen Werken des amerikanischen Automultis Ford die Bänder still. 57.000 Arbeiter sind in den unbefristeten Streik getreten. Ein Schlag, der — wie sie es selbst eingestanden — die Herren in den Chefetagen des Konzerns wie auch in der Londoner Regierung überrascht und getroffen hat.

Denn die diesjährige Tarifrunde hatte gerade erst begonnen. Aber schon wenige Stunden, nachdem das 5-Prozent-Angebot der Bosse vorlag, legten Tausende von Fordarbeitern spontan die Arbeit nieder. Die gewerkschaftliche Verhandlungskommission mußte nachziehen und eine Empfehlung für den unbefristeten Vollstreik zur Wahl stellen. Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die Kollegen am vergangenen Montag für den Kampf aus und nur einen Tag später wurde dann in allen Werken die Arbeit niedergelegt.

Die Forderungen der Arbeiter sind: die Erhöhung des Wochenlohns um 20 Pfund (etwa 80 Mark, das würde einer Lohnerhöhung von ca. 25 Prozent entsprechen); die Einführung der 35-Stunden-Woche; Verbesserungen beim Urlaubs- und Krankengeld. Das Geschrei der Bosse über diese Forderungen und ihre „Maßlosigkeit" ist natürlich groß. Haben sie doch im vergangenen Jahr aus den Kollegen der britischen Ford-Werke einen Profit von sage und schreibe fast einer Milliarde Mark herausgepreßt (worauf der Vorstandschef seine Bezüge von 31.000 auf 54.000 Pfund anheben durfte). Und jetzt sehen sie durch die berechtigten Forderungen der Arbeiter ein ähnliches Ergebnis für dieses Jahr gefährdet.

Aber nicht nur den Ford-Bossen ist durch den machtvollen Streik der Schreck in die Glieder gefahren. Denn dieser Kampf ist zugleich ein schwerer Schlag gegen das gesamte Lohnstopp-programm der britischen Labour-Regierung. Erst vor wenigen Wochen hatte Premierminister Callaghan ausgerechnet auf dem Kongreß des Gewerkschaftsdachverbandes TUC sein reaktionäres Programm entwickelt, nach dem es die Aufgabe seiner Regierung ist, durch staatliche Lohnkontrolle „die Leistung unserer Hauptindustrien zur besten in der Welt zu steigern". Und der neue Chef der Metallarbeitergewerkschaft übersetzte das so ins Allgemeinverständliche: „Streiks vertreiben die Kunden."

Die britischen Werktätigen sollen also auf alle Kampfmaßnahmen verzichten. Und sie sollen sich mit der von der Regierung festgelegten Lohnsteigerung von ganzen 5 Prozent zufriedengeben; und das bei einer Inflationsrate, die Callaghan selbst mit 8 Prozent angab. Die Ford-Arbeiter haben den Kapitalisten und ihrer Regierung jetzt einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Und das ist erst der Anfang. Denn auch die Arbeiter der anderen Branchen und Betriebe werden sich nicht mit den von London befohlenen 5 Prozent zufriedengeben und damit eine weitere Senkung ihres Reallohns hinnehmen.

So haben die Ford-Kollegen in ihrem Kampf die uneingeschränkte Unterstützung der britischen Arbeiterklasse. Sie brauchen aber auch die internationale Solidarität. Denn die Ford-Bosse werden versuchen, den britischen Markt jetzt mit Autos aus ihren anderen europäischen Werken zu beliefern, darunter auch Köln und Saarlouis in der Bundesrepublik.

Spanien

27. September — antifaschistischer Kampftag

Vor drei Jahren — am 27. September — fielen fünf Patrioten, darunter drei Genossen der KP Spaniens/ML unter den Kugeln der faschistischen Henker. Seitdem ist dieser Tag ein Tag des Gedenkens an die Ermordeten, ein Tag des Kampfes und der Abrechnung mit den Mördern. Auch in diesem Jahr hatte die spanische Bruderpartei, hatten andere republikanische Organisationen und demokratische Persönlichkeiten zu Gedenkfeiern und Massenaktionen aufgerufen.

Das Madrider Regime hatte sich auf seine Weise darauf vorbereitet: allgemeiner Alarmzustand für die Polizei, „vorbeugende" Verhaftungen im ganzen Land. Auf dem Friedhof Hoya de Manzanarez bei Madrid hatten sich schwerbewaffnete Einheiten der Bürgerkriegstruppe Guardia Civil zusammengerottet. Sie riegelten das Grab des Genossen Garcia Sanz ab, der hier beerdigt liegt. In Barcelona, in Pamplona und im gesamten Baskenland waren alle Kundgebungen verboten worden. Dennoch ließen es sich die Werktätigen nicht verbieten, auf die Straße zu gehen.

Vor allem im Baskenland kam es zu lang andauernden Straßenschlachten mit der Polizei, die immer wieder die Demonstranten mit ihren berüchtigten Gummigeschossen unter Feuer nahm. In Bilbao wurden im Kampf gegen die Polizeieinheiten Barrikaden errichtet und Molotow-Cocktails eingesetzt. Besonders schwere Kämpfe wurden auch aus Madrid, Barcelona und Valladolid gemeldet.

So versuchte die „demokratische" Regierung das Gedenken an die von der Franco-Diktatur ermordeten Volkshelden niederzuknüppeln. Und die gleiche Regierung verweigert der Partei, deren Mitglied der Genosse Garcia Sanz war, der KP Spaniens/ML, die Zulassung als legale Partei. Aber weder die Partei noch die spanischen Werktätigen lassen sich in den Rahmen der Gesetze des monarchistischen Regimes zwingen. Der 27. September war ein Ausdruck der Entschlossenheit, den Kampf gegen die Nachfolger Francos fortzusetzen.

Südliches Afrika

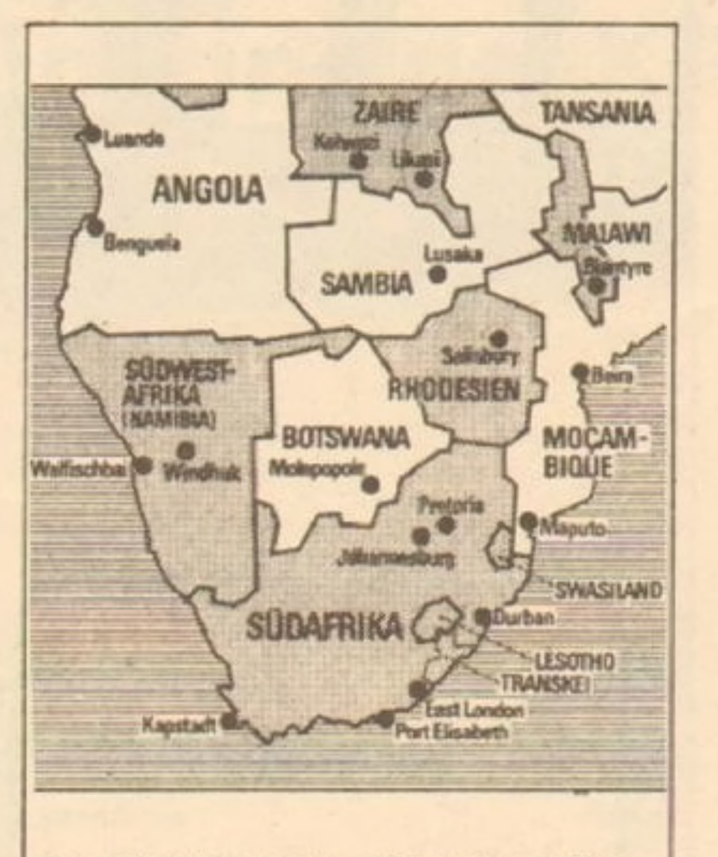
Rassisten rüsten zum offenen Krieg

Dramatisch zugespitzt haben sich in der letzten Zeit die Auseinandersetzungen im südlichen Afrika. Mit einer neuen Welle des Terrors versuchen die rassistischen Regime von Salisbury und Pretoria ihre Bastionen gegen den anwachsenden bewaffneten Kampf der Völker zu halten.

Simbabwe (Rhodesien). Nach der Verhängung des Kriegsrechts über weite Teile des Landes hat das Regime von Salisbury jetzt Militärgerichte eingesetzt. Sie können gegen jeden, den sie auch nur der Unterstützung für die bewaffneten Patrioten verdächtigen, unverzüglich die Todesstrafe verhängen.

Sambia, Mosambik. Wie jetzt bekannt wurde, haben die Truppen der rhodesischen Rassisten in den vergangenen Wochen nicht nur Mosambik, sondern auch Sambia überfallen. Dabei haben sie Flüchtlingslager überfallen, in denen aus ihrer Heimat geflohene Angehörige des simbabwischen Volkes leben, und Hunderte von ihnen ermordet. Ein rhodesischer Militärsprecher gab in der letzten Woche zu, daß die Rassistentruppen bei ihrem letzten Überfall auf Mosambik auch reguläre Einheiten der Armee angegriffen haben.

Azania (Südafrika). Die südafrikanischen Rassisten haben einen Wechsel in ihrer Regierung vorgenommen. Der bisherige Regierungschef Vorster zieht sich auf den Posten des Staatspräsidenten zurück. Seine Stelle nimmt bezeichnenderweise der Kriegsminister Botha an. Zu seiner Kennzeichnung äußerten sich seine Freunde in Pretoria in der vergangenen Woche so: „Erst schießt er, dann denkt er."



Das südliche Afrika. Simbabwe (Rhodesien), Azania (Südafrika) und Namibia (Südwestafrika) stehen unter der Herrschaft der Rassisten.

Namibia (Südwestafrika). Schießen wollen die südafrikanischen Rassisten vor allem in dem von ihnen besetzten Namibia. Unter dem Bruch der Beschlüsse der UNO haben sie dort für den 4. Dezember sogenannte Wahlen angesetzt. Gewählt werden soll dann unter den Bajonetten der Besatzertruppen und zur Wahl steht allein die „Demokratische Turnhallenallianz", eine von Pretoria gesteuerte, reaktionäre Partei. So wollen die Rassisten in Namibia ein Marionettenregime einsetzen und ihre Herrschaft über dieses Land verewigen.

All diese Maßnahmen sind auf den erbitterten Widerstand der Völker im südlichen Afrika gestoßen, haben ihren festen Willen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen, noch verstärkt.

Es hat sich jetzt wieder einmal gezeigt, daß die Verhandlungen um sogenannte „friedliche Lösungen'", wie sie seit Monaten von den westlichen Imperialisten betrieben werden, eine gefährliche Falle für die Völker darstellen. Denn die Rassisten sind durch diese Verhandlungen nicht — wie in Washington, Bonn oder London behauptet wird — unter Druck gesetzt, sondern, wie man sieht, in ihren Aggressionen gegen die Völker nur weiter ermutigt worden. Mit ihrer Politik der „friedlichen Lösungen" wollen die Imperialisten nur die Entwaffnung der Patrioten von Simbabwe, Namibia und Azania betreiben. Die rassistischen Regime dagegen erfreuen sich weiter ihrer massiven Unterstützung.

So wurde vor kurzem enthüllt, daß britische Monopole mit Wissen und Zustimmung der Londoner Regierung seit Jahren die von der UNO gegen die rhodesischen Rassisten verhängte Wirtschaftsblockade durchbrechen.

So sind Washington und Bonn die größten Waffenlieferanten der südafrikanischen Rassisten.

So wird die Wahlfarce in Namibia — trotz des demagogischen Geschreis, das Genscher jetzt in der UNO dagegen erhob — mit Millionenbeträgen aus Bonn unterstützt.

Rede des Genossen Enver Hoxha auf der Versammlung des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens, 20. September 1978

Die proletarische Demokratie — wahre Demokratie

Am 12. November finden in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien Wahlen zur Volksversammlung, dem höchsten Organ der Volksmacht, statt. Aus diesem Anlaß hielt Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens und Vorsitzender des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens eine bedeutende Rede, in der er die sozialistische Demokratie, wie sie in Albanien verwirklicht ist, der scheinheiligen und verlogenen bürgerlichen Demokratie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern gegenüberstellt. Im folgenden machen wir unsere Leser mit einigen Auszügen aus dieser Rede bekannt. Der vollständige Text der Rede ist im „Weg der Partei" Nr. 5, der in Kürze erscheint, zu lesen.

„Wir können stolz sagen", erklärte Genosse Enver Hoxha unter anderem, „daß unser Land wahrhaft sozialistisch ist. Es gibt auf der ganzen Welt kein Land, in dem die Bürger vor dem Gesetz so gleich sind wie bei uns, wo das Lohngefälle bei Arbeitern und Angestellten so gering ist. Der Lohn eines Arbeiters und das Gehalt des höchsten Funktionärs stehen im Verhältnis 1 : 2. Die Ausländer stellen die Frage: Wie ist es möglich, daß der Unterschied zwischen dem Gehalt eines hohen Funktionärs und dem Lohn eines Arbeiters so gering ist? Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer. Bei uns ist das so, weil der Staat der Diktatur des Proletariats in seinen richtigen Gesetzen die marxistisch-leninistischen Prinzipien über die Löhne verankert hat. Im Zusammenhang mit dieser Frage schrieb Lenin, daß die Wendung von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Demokratie die Beseitigung aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des Arbeiterlohns ist.

Eine der Maßnahmen, die die Pariser Kommune traf und die Marx hervorgehoben hat, war eben die Herabsetzung der Löhne der Beamten. Wir lassen keinen Mißbrauch bei der Anwendung des Prinzips der Entlohnung nach der geleisteten Arbeit zu. Darum ist bei uns keine Schicht von Werktätigen entstanden und wird auch nicht entstehen, die sich über die anderen stellt und Beschlüsse nach ihrem Gutdünken und in ihrem Interesse trifft. In der SVR Albanien wurde nicht nur per Gesetz allen revisionistischen Neigungen ein Riegel vorgeschoben. Es wird auch eine große erzieherische Arbeit geleistet, um das Bewußtsein der Menschen zu heben, damit jeder Werktätige nach der Menge und Qualität der geleisteten Arbeit entlohnt wird.

Würde ein Ausländer, ob Bourgeois oder Revisionist, die Diskussionsbeiträge der Vertreter unseres Volkes in der Volksversammlung hören, könnte er sagen: Hier gibt es ja gar keine Debatten wie in unseren Parlamenten. Das ist nicht normal. — Nun, es gibt in der Volksversammlung tatsächlich keine Debatten um der Debatten willen. Was nicht heißt, daß es keine Debatten gibt. Bevor in der Volksversammlung ein politisches und wirtschaftliches Problem erörtert wird, gab es bereits flammende und konstruktive Debatten, Diskussionen und Anregungen dazu von den werktätigen Massen und in ihren Organisationen. Die Abgeordneten verfolgen sie, um die Stimme der Massen zu hören und nehmen selbst aktiv daran teil. Nichts ist wie geölt, reibungslos verlaufen, wie der eine oder der andere vielleicht meinen möchte, beziehungsweise durch Diktat von oben beschlossen worden, sondern alles wurde zunächst im Blickwinkel des Gemeininteresses betrachtet.

Wenn die Probleme erörtert und erwogen werden, bevor man sie dem höchsten Organ der Staatsmacht zur Verabschiedung vorlegt, weshalb sollen dann noch Diskussionen um der Diskussion willen, Schreien und Zetern in der Volksversammlung nötig sein wie in den bürgerlichen Parlamenten, um Demokratie zu demonstrieren? Es ist nicht wahr, daß es in den Organen unserer Staatsmacht, in der Volksversammlung und auch in den Volksräten aller Instanzen, keine Debatten gibt. Nicht nur in den Staatsorganen, sondern auch in den Versammlungen der Werktätigen finden, etwa über einen Plan oder ein Gesetz, viele Diskussionen statt, die in Form einer großen Volksaussprache verlaufen. Dabei wird alles Vorauszusehende und Nichtvorauszusehende in Erwägung gezogen, um die jeweils geeignetste Lösung zu finden. Solche Debatten gibt es in keinem Land der kapitalistisch-revisionistischen Welt. Also auch in dieser Hinsicht sieht man die große Überlegenheit der neuen sozialistischen Gesellschaft, für deren Entwicklung, Erstarken und Verteidigung wir alle stets arbeiten müssen, so wie es uns die marxistisch-leninistische Ideologie lehrt.

Der bürgerliche Staat der Periode der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus will den Eindruck erwecken, dort würde das Parlament, in dem die verschiedenen Parteien vertreten sind, die durch angeblich allgemeine Wahlen gewählt worden sind, die Gesetze machen. Wie jedoch allgemein bekannt ist, bewirken das Wahlsystem und die vielen gesetzlichen Beschränkungen, daß stets die politischen Parteien die Mehrheit im Parlament haben, die die stärksten Stützpfeiler des Kapitals sind. Das parlamentarische Spiel in diesen Ländern ist eine Maskerade, ist ein Mittel, das der Macht der Bourgeoisie dient, um den falschen Eindruck zu erwecken, dort gebe es Demokratie, und um die verlogene Demokratie als wahre Demokratie hinzustellen. In den hohen Organen der Staatsmacht und der Staatsverwaltung in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern sitzen die Delegierten jener gesetzlich nicht verankerten Macht, die sich formal außerhalb der Regierung befindet, in Wirklichkeit aber am Ruder ist. Das ist die Staatsmacht der Großkapitalisten, die sich der Macht des Geldes bedienen, die in die Regierung und auch in das Parlament ihre geeignetsten Diener geschickt haben, damit sie ihre Interessen gegenüber den Unruhestiftern, gegenüber jenen, die sich erheben und die von den Kapitalisten geraubten Rechte gewinnen wollen, verteidigen. Diesen gesamten Komplex haben die Apologeten des Kapitalismus und des Revisionismus „wahre Demokratie" getauft.

Lenin hat gesagt, daß die Tribüne des bürgerlichen Parlaments in bestimmten Fällen von den Revolutionären als eine Form ihrer legalen Arbeit genutzt werden kann, um das kapitalistische System zu entlarven. Doch zugleich betonte er, daß diese Arbeit bei den Kommunisten und den Massen nicht die Illusion aufkommen lassen dürfe, daß man die Macht auf parlamentarischem Weg ergreifen könne. In der bürgerlich-kapitalistischen und der revisionistischen Gesellschaftsordnung ist der parlamentarische Kretinismus jene Form der Demokratie, derer sich die Bourgeoisie bedient, um das unterdrückerische Wesen ihrer Staatsmacht zu kaschieren, die sie durch die Mehrheit der bei den Wahlen gesicherten Sitze beherrscht.

Doch außer der Staatsmacht beherrscht die Bourgeoisie auch die starke außerstaatliche Macht, nämlich die Monopole, Trusts, die gemeinsamen Gesellschaften und die In- und Auslandsinvestitionen. Diese Macht des großen Privateigentums stellt die wirtschaftliche Kraft dar, die sich die Früchte der Arbeit der Werktätigen innerhalb und außerhalb des Landes aneignet, die in der Lage ist, denjenigen Überbau zu stärken, der für die grausame kapitalistische Herrschaft am meisten geeignet ist. Der bürgerliche Überbau hat die Aufgabe, eine versklavende Politik gegenüber den Völkern zu betreiben. Er ist eine militärische, ideologische und politische Kraft gegen das Proletariat, die armen Bauern und die werktätigen Intellektuellen. Außerdem hat er die Aufgabe, die Entartung der Normen der proletarischen Moral zu bewirken, um die im wahrsten Sinne des Wortes niedrige bürgerliche Moral zu verbreiten. Das bürgerliche Parlament öffnet seine Türen für die „Gewählten".

Doch die Diktatur der Bourgeoisie macht, was sie will. Im Parlament gibt es endlose Diskussionen und eine Abstimmung nach der anderen. Und alles verläuft schließlich nach dem Wunsch derer, die das Gesetz machen — der Reichen, der Eigentümer der Trusts, der Monopole und der Banken, deren Macht — der zweite kapitalistische Staat — das Parlament und die Regierung manipuliert, ungeachtet dessen, daß diese Manipulation in den jeweils gültigen Verfassungen nicht vorgesehen ist.

Aus diesen Gründen hat Lenin geschrieben: ‚Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an: Die eigentlichen Staatsgeschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet.'

In Albanien sind die Nationalen Befreiungsräte, die unter Führung der Partei während des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes geschaffen und nach der Befreiung gefestigt wurden, die vom Volk gewählten Organe der Diktatur des Proletariats und vertreten den Willen und die Wünsche des werktätigen Volkes. Die Vertretungsorgane des Volks und der Staatsmacht sind die Volksversammlung und die Volksräte. In der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist verankert: ‚Die Vertretenden Organe leiten und kontrollieren alle anderen Staatsorgane, die vor ihnen verantwortlich sind und ihnen Rechenschaft ablegen.' (Artikel 6)



Genosse Enver Hoxha begrüßt alte Partisanen.

Die Demokratie ist bei uns nicht ein Spiel, um die Massen zu betrügen, sondern sie wird in der Praxis angewendet. Bei uns gibt es nicht zwei Mächte, eine gesetzlich anerkannte Macht und eine De-facto-Macht, sondern nur eine einheitliche Staatsmacht, die vom Volk ausgeht und ihm gehört. Unser Staat ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der seine Gesetze und seine revolutionären Apparate, seine neue Arbeitsmethode und seinen neuen Arbeitsstil geschaffen hat und die Interessen der Werktätigen zum Ausdruck bringt und verteidigt. In unserem Land ist es nicht die Gewalt, die die Menschen zwingt, die vom Staat der Diktatur des Proletariats festgelegten Gesetze zu beachten, sondern die vollständige Überzeugung davon, daß die Anwendung der Gesetze in ihrem Interesse und im Interesse der gesamten Gesellschaft ist. Unser Volk wendet die Gesetze bewußt an, weil es sich machtvoll an ihrer Ausarbeitung beteiligt."



272 Seiten DM 8.80

Gesammelte Werke von F. C. Weiskopf in 8 Bänden, DM 38,— ebenfalls zu beziehen über Verlag „Neue Zeit", Postfach 4304, Ringstraße, 2300 Kiel 1.

Im Verlag „Neue Zeit" erschienen:

F. C. Weiskopf

„Vor einem neuen Tag"

F. C. Weiskopfs Roman „Vor einem neuen Tag" ist nun wieder in einer Einzelausgabe zu haben, die der Kieler Verlag „Neue Zeit" herausgebracht hat. Damit wird der seit langem nur noch im Rahmen einer achtbändigen Werksausgabe vorliegende Roman wieder einer breiteren Leserschaft zugänglich gemacht. Die handliche Taschenbuchausgabe hat der Grafiker Dirk Hagner mit 30 Federzeichnungen anschaulich illustriert.

Weiskopf schrieb den Roman 1941 in der amerikanischen Emigration. Thema des Romans ist der Partisanenkampf der slawischen Bevölkerung gegen die Nazibesatzer — ein Kampf, der 1944, drei Jahre nach der Niederschrift des Buches, wirklich ausbrach. „So erfüllen sich zuweilen die Träume des Schriftstellers", schrieb Weiskopf im Nachwort zu seinem Roman. „Es müssen freilich Träume mit irdischen Füßen sein, geboren aus einer Weltanschauung, die anstelle starrer Zustände ständig in Bewegung befindliche Entwicklungsprozesse sieht und so im Heute schon Keime des Morgen zu entdecken vermag."

Die aus Worten und Sätzen erschaffenen Figuren, die Weiskopfs Buch bevölkern, haben wirklich „irdische Füße". Es sind lebendig gezeichnete Menschen, die vor das Auge des Lesers treten: Da sind die Partisanen, die unter den schweren Bedingungen der nazifaschistischen Besetzung den Widerstand organisieren, das Volk aufrütteln; die voller Haß sind auf die faschistischen Unterdrücker, voller Sehnsucht aber nach einem besseren und freien Leben. Da sind die Bauern des Dorfes Ratztoky und die Arbeiter der Zellulosefabrik, die in vielfältigen Formen den Besatzern Widerstand leisten, deren Kampf sich mit dem der Partisanen vereinigt. Da sind die Besatzer selbst, in militärischen Formen erstarrte, gefühlskalte Offiziere und demoralisierte Soldaten; da sind schließlich die slowakischen Kollaborateure, die durch ihren Verrat isoliert von dem Volk sind, aus dem sie stammen.

Weiskopf kennt die Menschen und Verhältnisse gut, über die er schreibt. In Prag geboren, hat er einen großen Teil seines Lebens in der Tschechoslowakei verbracht. Er — der Mitbegründer der KP der Tschechoslowakei, der Kampfgefährte Julius Fuciks — hat an den Kämpfen der Tschechen und Slowaken stets leidenschaftlichen Anteil genommen, hat auch aus dem Exil ihre Entwicklung verfolgt und studiert. Und die genaue Kenntnis der Wirklichkeit verbindet sich bei ihm mit einer hervorragenden sprachlichen Gestaltungskraft. So gelangt er zu einer überzeugenden Menschendarstellung, die in vielem an die Gestalten des großen sowjetischen Dichters Maxim Gorki erinnert. In „Vor einem neuen Tag" stimmt jede Geste, jeder Ausruf, jedes Wort, jedes Satzzeichen. Der Roman ist ein Beispiel für die Kunst Weiskopfs, den Befreiungskampf des Proletariats — die großen Ziele wie die Tagesforderungen, den Schwung und auch die feinen Nuancen und kleinen Details — in künstlerisch vollendeten Formen darzustellen.

F. C. Weiskopf ist noch viel zu wenig bekannt, auch unter den Freunden der proletarisch-revolutionären Literatur, auch unter antifaschistisch engagierten Menschen. Die Neuauflage des Weiskopf-Romans ist daher nur zu begrüßen. Sie wird für viele ein Anlaß sein, sich näher bekanntzumachen mit dem umfangreichen Werk — den Romanen, Erzählungen, Anekdoten, Reiseberichten, Nachdichtungen und Essays Weiskopfs, der einer der bedeutendsten Vertreter der proletarisch-revolutionären Literatur in deutscher Sprache ist. Demnächst wird der „Rote Morgen" noch einmal umfassender auf das Werk F. C. Weiskopfs eingehen.

Der plötzliche Tod des gerade erst amtseingeführtes Papstes hat die Schreiber der bürgerlichen Zeitungen vor unerwartete Probleme gestellt: Sie wissen nicht, was sie über den noch gar nicht zum Zug gekommenen Johannes Paul I. schreiben sollen, und vorfabrizierte Nachrufe sind auch noch nicht vorhanden.

Der „Rote Morgen" dagegen kann nicht klagen. Einen Tag nach dem fraglichen Ableben erreichten uns aus Mannheim und aus Bochum zwei Glossen, die wir nachfolgend abdrucken.

„Unerforschlicher Ratschluß"

„Jetzt fängt der ganze Zinnober wieder von vorne an!" seufzte die Bäckersfrau an jenem Freitag morgen, während sie mir die Brötchen eintütete. Ich verstand nicht: „Wie bitte? Welcher ‚Zinnober'?" — „Na, wissen Sie noch nicht", sagte die Frau, „der neue Papst ist tot."

Es war wirklich kein Witz. Alle Rundfunksender meldeten auf Platz eins der Nachrichten, daß der frischgebackene Papst Johannes Paul I. in der Nacht das Zeitliche gesegnet hatte. Sein Sekretär habe ihn gegen Morgen tot in seinem Bett gefunden, ein Buch in der Hand, und die Lampe brannte noch. Was war in der Nacht geschehen? — fragte ich mich. — Was hatte sich abgespielt hinter den Mauern des Vatikans? War Johannes Paul I. etwa — wie im Mittelalter viele seiner Vorgänger — den Intrigen und Mordplänen einer ehr- und machthungrigen Hofkamarilla zum Opfer gefallen?

Die offiziellen Vertreter wiesen in ihren „zutiefst betroffenen" Erklärungen jeden Verdacht weit von sich. Sie schoben die Schuld auf ihren obersten Dienstherrn über den Wolken: dessen „unerforschlicher Ratschluß" hätte den plötzlichen Tod des Papstes verursacht.

Über „unerforschliche Ratschlüsse" zu grübeln, ist natürlich eine verzwackte Sache. Aber trotzdem ließ mich die Frage nicht los: Was mochte den obersten Dienstherrn — gesetzt, die offiziellen Erklärungen stimmten — bewogen haben, seinen „Stellvertreter auf Erden" so schnell wieder „abzuberufen"?

Die kurze Dienstzeit des Papstes gab wenig Anhaltspunkte. Zwei Dinge nur waren mir in der Erinnerung geblieben. — Da war einmal die etwas abstruse Äußerung des Papstes gewesen, daß der christliche Gott nicht nur als Mann, sondern auch als Frau oder gar als beides zugleich gedacht werden könne. Hatte sich der patriarchalische Gott etwa darüber mokiert? Hatte er sich gerächt an dem Papst, der mit dieser Äußerung Anlaß zu diversen Witzen in aller Welt gegeben hatte? Ich wußte es nicht. — Da war zum zweiten: Johannes Paul I. war dem Publikum als lächelnder „Arbeiterpapst" präsentiert worden, dem die Sorgen und Nöte der kleinen Leute besonders am Herzen lägen. Wie aber hätte dieser steinreiche Chef des Vatikans diesen Anschein aufrechterhalten können? — Vielleicht hat ihn sein „oberster Dienstherr" deshalb zu sich gerufen, um ihm die Blamage zu ersparen? — Ich wußte keine Antwort. Die Fragen blieben...

Der neue Papst ist tot. Wieder erleben wir nun, wie Radio- und Fernsehsendungen abgesetzt werden und stattdessen lästige Trauermusik aus allen Kanälen tönt. Der Vatikan wird wieder in allen Schlagzeilen sein; in Rom wird wieder das mittelalterliche Zeremoniell ablaufen, wieder werden die fossilen Kardinäle aufmarschieren, wieder wird der zweifarbige Rauch steigen. Der ganze Zinnober — wieder von vorne! — Fast wäre man geneigt, den Päpsten ein langes Leben zu wünschen — aber das wär' ja noch schöner!

Ein Genosse aus Bochum



Der Vatikan: „Geben ist seliger als Nehmen!"

Pech

Der liebe Gott hat aber auch wirklich Pech! Sein Vatikan-Konzern ist schon wieder ohne Geschäftsführung. Kaum hat er seinen Statthalter auf Erden berufen, da bricht dieser schon unter der Bürde seines Amtes zusammen. Verzeihung: Gottes unerforschlicher Wille beruft ihn ab.

Sei's drum; den Ärger haben die Kardinäle. Sie haben das Amt fehlbesetzt und müssen jetzt einen neuen Friedenspapst suchen. Dabei hatte alles so gut angefangen. Unter allen Bewerbern stach ein gewisser Albino Luciani hervor. Gute Zeugnisse. Gepflegte Manieren. Bescheidenes Auftreten. Ein Lebenslauf, der selbst den Kardinälen das Wasser in die Augen schießen ließ: armer Bauernjunge, der nach der Schule die Schafe seiner Familie hüten mußte. Das war doch mal was anderes als Zeitungsjunge oder Tellerwäscher. Sowas kommt an. Dazu noch absolut bibelfest und ein gerissener Geschäftsmann. Kurz: genau der richtige Mann für die Konzernspitze. Dachten die Kardinäle. Und dachten falsch, Gott sei's geklagt.

Das Unglück begann gleich nach der Wahl. Der gute Mann war feierlich zum Papst gekürt worden — und niemand wußte es. Schuld waren die Feuerwerker, die den gewünschten blütenweißen Rauch nicht zustande brachten. Hätte es eine Giftgaswolke à la Seweso sein sollen — kein Problem. Aber weißen Rauch? Stilwidrig quälte sich grauer Qualm zum Schlot heraus.

Dann gab es doch tatsächlich ein paar tausend ungläubige Thomase, die etwas gegen die Gäste hatten, die den frischgebackenen Papst Johannes Paul I. beglückwünschen wollten. Zum Beispiel gegen einen strenggläubigen südamerikanischen Christenmenschen und Staatsmann namens Videla. Wieder Ärger.

Dann die Sorge mit diesem Lefèvbre, ob der jetzt endlich spurt oder doch noch seine Konkurrenzfirma aufzieht. Zu guter Letzt klappte auch noch ein Oberpfaffe aus der Sowjetunion in den Armen des Papstes zusammen. Mausetot. Ein Wink Gottes?

Auf jeden Fall war der Neuling überlastet. Es geschah, was niemand außer Barnard ahnen konnte: Herzschlag.

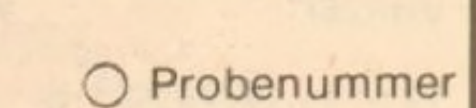
Jetzt gilt es einen Nachfolger zu finden. Mit besserer Kondition. Wie aus dem Vatikan verlautete, wollten einige Kardinäle die Berufung des Nachfolgers diesmal etwas weniger dilletantisch angehen. Sie nahmen mit einem führenden Personalberater der USA, Mr. Sheffel G. Moremoney aus Baltimore, Kontakt auf. Der hätte auch gern gleich drei Topmanager zu einem Vorstellungsgespräch nach Rom einfliegen lassen. Alle drei angesehene Businessleute. Alle drei smart, mit eleganten Diplomatenköfferchen. Alle drei braungebrannt unter der Sonne der Bahamas. Alle drei durchgeckeckt: topfit, vor Gesundheit strotzend. Alle drei wie geschaffen für den aufreibenden Job.

Einer war verheiratet. Einer kam aus der Pornobranche. Einer war Mormone. Da haben die Kardinäle schweren Herzens wieder absagen müssen.

Mein Gott, warum ist die katholische Kirche nur so konservativ?

Ein Genosse aus Mannheim

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!



Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. **089/2607554**

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.